

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

29. Jahrgang
Nr. 3 – 2006
Solidaritätsbeitrag: Fr. 1.–

Aus dem Inhalt

Spätes Erwachen der israelischen Linken	2
Fragen einer Israelin an ihre Mitbürger	3
Bush's Übergangspläne für Kuba	4
Freiheit für die «Miami Five»	5
Endlich Licht in 9/11?	6
Katastrophen-Apartheid	7
Verzicht auf IFASS – ein Appell	8



«Gerechtigkeit statt eine Politik der unterschiedlichen Ellen» fordern diese palästinensischen Demonstranten vor dem UNO-Hauptquartier in Gaza-City. Foto PNGO.

Ein Uruguayer stellt Fragen

Wie lange noch?

Wir sind die einzige Spezies, die sich auf gegenseitige Ausrottung spezialisiert hat. Wir geben jeden Tag 2,5 Milliarden Dollar für militärische Rüstung aus. Elend und Krieg sind Kinder desselben Vaters. Wie lange noch lassen wir es zu, dass diese Welt, die so sehr in den Tod verliebt ist, die einzig mögliche bleibt?

Von Eduardo Galeano

Ein Land bombardiert zwei Länder. Die Straffreiheit, mit der dies geschieht, würde Verwunderung hervorrufen, wenn sie nicht schon zur Gewohnheit geworden wäre. Einige verschüchterte Proteste sprechen von Fehlern, die gemacht worden seien. Wie lange noch wird der Horror «Irrtum» genannt?

Die Schlächtere von Zivilisten begann mit der Entführung eines Soldaten. Wie lange noch darf die Entführung eines israelischen Soldaten den Raub der palästinensischen Souveränität rechtfertigen? Wie lange noch darf die Entführung zweier Soldaten die Geiselnahme der gesamten libanesischen Nation rechtfertigen?

Hisbollah existierte noch nicht, als Israel den Libanon durch die vorangegangenen Invasionen verwüstete. Wie lange noch sollen wir die Geschichte vom angegriffenen Aggressor glauben, der Terrorismus ausübt, weil er sich im Recht fühlt, sich gegen Terrorismus zu verteidigen? Irak, Afghanistan, Palästina, Libanon: Wie lange noch wird es Israel und den USA gestattet, andere Länder straflos auszulöschen?

Die Folterungen von Abu Ghraib, die ein gewisses universelles Unbehagen auslösten, sind für uns in Lateinamerika nichts Neues. Unsere Militärs haben ihre Verhörtechniken auf

der «US Army School of the Americas»* gelernt, die dem Namen nach vielleicht nicht mehr existiert, die aber dennoch weiter wirkt.

Wie lange noch werden wir akzeptieren, dass Folter legitim sein kann?

Israel hat sechszwanzig Empfehlungen der Generalversammlung und anderer Organisationen der Vereinten Nationen ignoriert. Wie lange noch dürfen die Regierungen in Israel das Privileg geniessen, taub zu sein?

Die Vereinten Nationen empfehlen, beschliessen aber nichts. Wenn die UNO etwas beschliessen will, wird es vom Weissen Haus mit dem Vetorecht verhindert. Washington hat im Weltsicherheitsrat vierzig Resolutionen, die Israel verurteilten, mit dem Veto zu Fall gebracht. Wie lange noch agieren die Vereinten Nationen, als würden sie Vereinigte Staaten von Amerika heissen?

Seit die Palästinenser aus ihren Häusern und Ländereien verjagt worden sind, ist viel Blut geflossen. Wie lange noch soll das Blut fliessen, damit Gewalt das rechtfertigt, was das Gesetz verbietet?

Geschichte wiederholt sich Tag um Tag, Jahr um Jahr. Zehn Araber sterben für jeden israelischen Toten. Wie lange noch wird ein israelisches Leben zehn arabische Leben aufwiegen?

Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung entsprechen die 50 000 getöteten Zivilisten im Irak – die Mehrheit von

ihnen Frauen und Kinder – 800 000 Amerikanern. Wie lange noch werden wir es als selbstverständlich akzeptieren, dass Iraker in einem sinnlosen Krieg getötet werden, dessen Rechtfertigungen längst vergessen sind? Wie lange noch wird es als normal betrachtet, dass es Tote und Lebende erster, zweiter, dritter und gar vierter Kategorie gibt?

Der Iran entwickelt die Nuklearenergie. Wie lange glauben wir noch, dass so etwas als Beweis ausreicht, um das Land als eine Gefahr für die Menschheit anzusehen? Offenbar stört es die so genannte internationale Gemeinschaft überhaupt nicht, dass Israel zweihundertfünfzig Atombomben besitzt, obwohl es ein Land ist, das offenbar kurz vor einem Nervenzusammenbruch steht. Wer bedient eigentlich die Gefahrenmessmaschine der Welt? Hiess das Land, das die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen hat, Iran?

Im Globalisierungszeitalter ist das Recht, Druck auszuüben, stärker, als die Ausdrucksfreiheit. Um die illegale Besetzung von Palästina zu rechtfertigen, wird der Krieg »Frieden« genannt. Die Israelis sind Patrioten und die Palästinenser sind Terroristen, und Terroristen lassen die Weltalarmglocken läuten. Wie lange noch werden die Kommunikationsmedien kommunikationsscheu sein?

Die Bombardements töten Kinder. Wer sich untersteht zu protestieren, wird als Antisemit angeklagt. Wie lange noch werden wir, die Kritiker der Verbrechen des Staatsterrorismus,

Fortsetzung Seite 2

Manu Chao und Evo Morales:
Kubas Souveränität muss respektiert werden

Hände weg von Kuba

Über 400 Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller aus verschiedenen Teilen der Welt, aber auch Staatsmänner wie Boliviens Präsident Evo Morales haben sich mit einer Deklaration für Kuba an die Öffentlichkeit gewandt und innerhalb von wenigen Wochen bereits 30 000 Zustimmungen erhalten. Die Deklaration hat folgenden Wortlaut:

Infolge der Mitteilung Fidel Castros über seinen Gesundheitszustand und die vorübergehende Übergabe seiner Ämter haben hohe Regierungsbeamte der Vereinigten Staaten immer zugespitztere Erklärungen über die unmittelbare Zukunft Kubas abgegeben. Der US-Wirtschaftsminister Carlos Gutiérrez äusserte, dass «der Augenblick eines wirklichen Übergangs zu einer wirklichen Demokratie gekommen ist», und der Sprecher des Weissen Hauses, Tony Snow, sagte, seine Regierung sei «bereit und begierig, dem Volk Kubas humanitäre, wirtschaftliche und Hilfe anderer Art zu leisten». Vor kurzem wurde dies von Präsident Bush wiederholt.

Die «Kommission für ein freies Kuba» unter dem Vorsitz der Aussenministerin Condoleezza Rice unterstrich bereits Mitte Juni in einem Bericht «die Notwendigkeit, heute dafür zu arbeiten, dass die Nachfolgestrategie der Regierung Castros keinen Erfolg hat», und Präsident Bush wies darauf hin, dass jenes Dokument «beweist, dass wir aktiv für eine Veränderung in Kuba arbeiten, nicht einfach darauf warten, dass sie sich ereignet». Das Aussenministerium der Vereinigten Staaten hob hervor, dass der Plan Massnahmen umfasse, die «aus Gründen der nationalen Sicherheit», und um deren «effektive Um-

setzung» sicherzustellen, geheim gehalten würden.

Es fällt nicht schwer, sich den Charakter solcher Massnahmen und der angekündigten «Hilfen» vorzustellen, wenn man die Militarisierung der Aussenpolitik der aktuellen US-Regierung und ihr Handeln im Irak in Betracht zieht.

Angeichts der wachsenden Bedrohung der Integrität einer Nation, des Friedens sowie der Sicherheit in Lateinamerika und der Welt fordern die Unterzeichnenden, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die Souveränität Kubas respektieren. Wir müssen um jeden Preis eine neue Aggression verhindern.

Zu den Erstunterzeichnern gehören: José Saramago; Wole Soyinka; Adolfo Pérez Esquivel; Dario Fo; Desmond Tutu; Rigoberta Menchú; Nadine Gordimer; Zhores Alfiorov (alles Nobelpreisträger); Noam Chomsky; Oscar Niemeyer; Evo Morales; Harry Belafonte; Mikis Theodorakis; Mumia Abu-Jamal; Mario Benedetti; Ignacio Ramonet; Danny Glover; Eduardo Galeano; Frei Betto; Pablo González Casanova; Bernard Cassen; Ernesto Cardenal; Angela Davis; Walter Salles; Manu Chao; Alice Walker; Leonardo Boff; Tomás Borge; Daniel Viglietti; Leonard Weinglass; Ramsey Clark; Luis Sepúlveda; Franca Rame; Alfredo Vera; Patricia Ariza; Gerard Depardieu.

Übersetzung aus dem Spanischen:
Timo Berger. Die Deklaration kann im Internet unter www.porcuba.org unterzeichnet werden.

700 Millionen Euro

Soviel haben die Regierungsvertreter von 50 Staaten an der Geberkonferenz in Stockholm als Soforthilfe für den Libanon-Aufbau versprochen. Diesen vergleichsweise geringen Beitrag an die Kriegsschäden von derzeit geschätzten 3,6 Milliarden Dollar, soll die Not der Menschen, denen es an Strom, Wasser, Wohnraum und medizinischer Versorgung fehlt, ein wenig lindern. 130 000 Wohnungen seien zerstört worden. Die Konferenzteilnehmer geben sich betroffen und beteuern die Notwendigkeit ihrer humanitären Hilfe. Man betont dass der «Konflikt» in Nahost mit Geld allein nicht gelöst werden kann, viel mehr müsse in den Palästinensergebieten die Armut beseitigt und eine vernünftige ökonomische Situation geschaffen werden. Auch Kritik an Israel wird geäussert. So fordern alle Vertreter (auch die der USA!) das sofortige Ende der israelischen See- und Luftblockade gegen den Libanon. Auf den ersten Blick nicht schlecht, könnte man meinen.

Ein übler Geruch entsteht allerdings beim Betrachten des gleichzeitig stattfindenden regen Waffenhandels zwischen den sogenannten Geberstaaten und Israel. Und unerträglich zu stinken beginnt beim Gedanken an die milliardenschwere militärische Beihilfe der USA.

Liebe Friedensfreunde, bitte unterstützen Sie unsere Friedens- und Solidaritätsarbeit. Wir versprechen Ihnen, das Geld ohne vorgängigen Waffenhandel, direkt einzusetzen.

(Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, PC 40-1627-7).
Besten Dank!

Ruedi Moser, SFB-Sekretär

Fortsetzung von Seite 1

Antisemiten sein? Wie lange noch werden wir uns das gefallen lassen? Sind die Juden, die darüber entsetzt sind, was da in ihrem Namen getan wird, auch Antisemiten? Sind die Araber, Semiten wie die Juden, auch Antisemiten? Gibt es da nicht auch arabische Stimmen, die die palästinensische Heimat verteidigen gegen das Narrenhaus des Fundamentalismus?

Die Terroristen sehen sich alle ähnlich. Da gibt es seit den Zeiten des Kalten Krieges gegen den kommunistischen Totalitarismus Staatsterroristen, als respektable Machtpolitiker und private Terroristen, als losgelassene Verrückte oder organisierte Verrückte. Alle berufen sich auf Gott, ob er nun Gott, Allah oder Jehova heisst. Wie lange noch übersehen wir, dass alle Terroristen das Menschenleben verachten und dass sie sich gegenseitig ernähren? Ist es denn nicht offensichtlich genug, dass in diesem Krieg zwischen Israel und Hisbollah die Toten Zivilisten sind, Libanesen, Palästinenser, Israelis? Ist es denn nicht offensichtlich genug, dass die Kriege in Afghanistan und Irak und die Invasionen von Gaza und Libanon Brutkästen des Hasses sind, die Fanatiker am laufenden Band produzieren?

Wir Menschen sind die einzige tierische Spezies, die auf die gegenseitige Ausrottung spezialisiert ist. Wir spenden 2,5 Milliarden US-Dollar täglich für Rüstungszwecke. Das Elend und der Krieg sind Töchter und Söhne des gleichen Vaters – wie ein grausamer Gott frisst er die Toten und die Lebenden. Wie lange noch lassen wir es zu, dass diese Welt, im Liebestanz mit dem Tod, unsere einzig mögliche Welt bleibt?

Eduardo Galeano, Schriftsteller und Journalist aus Uruguay, ist u.a. Autor von «Die offenen Adern Lateinamerikas».

Aus «La Jiribilla», Cuba. Übersetzt von ND und Tlaxcala.

*) Anm. des Übers.: Die School of the Americas, oft genannt the «School of Assassins» (Die Schule der Mörder) bildet seit 1946 die Militärs von ganz Lateinamerika aus. Sie wurde 1984 von Panama nach Fort Benning, Georgia, versetzt und wurde 2001 in «The Western Hemisphere Institute for Security Cooperation» umgenannt. Venezuela, Argentinien und Uruguay haben beschlossen, keine Militärs mehr auf diese Schule in die Ausbildung zu schicken. In den USA führt die Organisation SOA Watch eine erfolgreiche Kampagne gegen diese Schule, die aller Folterer und Putschisten Lateinamerikas ausgebildet hat. Siehe dazu <http://www.soaw.org>



Friedenskundgebung in Tel-Aviv vom 29. Juli 2006. Foto Keren Manor

Uri Avnery zur Rolle der israelischen Linken im Libanon-Krieg

Spätes Erwachen

Am 2. oder 3. Kriegstag war schon jeder denkenden Person klar – und rühmen sich nicht Intellektuelle, solch eine Person zu sein? – dass dies ein wirklicher Krieg war, der weit über das Problem der gefangen genommenen beiden Soldaten ging. Das systematische Bombardement der libanesischen Infrastruktur machte klar, dass der Krieg im voraus geplant und dass es sein Ziel war, die Hisbollah zu vernichten und die politischen Realitäten im Libanon zu verändern.

Von Uri Avnery

Ich sah einmal in einem politischen Kabarett einen netten Sketch: mehrere Leute auf der Bühne gaben einige nicht zusammenhängende Sätze von sich, die alle mit «aber» endeten. Z.B. «Einige meiner besten Freunde sind Juden, aber ...» «Ich habe nichts gegen Schwarze, aber ...», «Ich verabscheue wirklich den Rassismus, aber ...»

Während des letzten Krieges hörte ich häufig ähnliche Worte: «Ich bin ein Linker, aber...» Diesen Worten folgten ausnahmslos – wirklich ausnahmslos! – rechte Statements.

Es sieht so aus, als hätten wir eine ganze Gesellschaft von «Links, aber»-Leuten, die die Vernichtung ganzer libanesischer Dörfer, die Verwandlung des Libanon in einen Ruinenhaufen, die Zerstörung der Häuser über den Köpfen der Bewohner vorschlagen, um vielleicht auch das Haus zu treffen, in dem sich Hassan Nasrallah aufhält – und wenn wir gerade dabei sind: auch den Gazastreifen von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen.

Wenn ich solchen Sätzen am Fernseher, im Radio oder in der Zeitung begegne, bin ich versucht zu beten: Lieber Gott, lass mich ehrlichen Faschisten gegenüber stehen und nicht diesen «Links aber»-Leuten!

Rechtfertigung des Krieges

Während man den 2. Libanonkrieg analysiert, ist es unmöglich, die Rolle zu ignorieren, die die Linken – mit oder ohne Führungszeichen – während des Krieges gespielt haben.

Vorgestern sah ich im Fernsehen ein Interview mit dem Dramatiker Josua Sobol, einer liebenswürdigen Person, bekannt als echter Linker. Er erklärte, dass uns dieser Krieg bedeutende Vorteile gebracht habe, und sang ein Loblied auf den Verteidigungsminister Amir Peretz.

Sobol ist keine Ausnahme. Als die Regierung diesen Krieg begann, wurde sie von einer eindrucksvollen Reihe Schriftsteller unterstützt. Amos Oz, A.B. Yehoshua und David Grossman, die regelmässig als politisches Trio erscheinen, unterstützten wieder gemeinsam die Regierung und nutzten ihre beträchtlichen verbalen Talente, um den Krieg zu rechtfertigen. Das genügte ihnen aber noch nicht: einige Tage nach Beginn des Krieges veröffentlichten die drei gemeinsam eine Annonce in den Zeitungen, in der

sie ihre Unterstützung des Krieges begeistert zum Ausdruck brachten.

Ihre Unterstützung war nicht nur passiv. Amos Oz, ein Schriftsteller mit grossem literarischem Prestige weltweit, schrieb einen Artikel zugunsten des Krieges, der in bedeutenden ausländischen Zeitungen erschien. Ich würde mich nicht wundern, wenn ihm «jemand» beim Verteilen geholfen hat. Auch seine beiden Kollegen waren aktiv dabei, den Krieg zu propagieren, zusammen mit vielen andern Schriftstellern wie Yoram Kaniuk, verschiedenen Künstlern und Intellektuellen – mit und ohne Führungszeichen. Alle leisteten freiwillig Propagandadienste, ohne auf einen Marschbefehl zu warten.

Keine Reue

Ich bezweifle, dass der Krieg ohne diese massive Unterstützung der «Links, aber»-Leute solche monströsen Ausmasse angenommen hätte. Sie ermöglichten erst eine so allseitige Zustimmung, die die Proteste des unbeirraren Friedenslagers ignorierte. Dieser Konsens riss die Meretz-Partei mit sich, deren Guru Amos Oz ist, und auch Peace Now, in deren Massenträgen Amos Oz der Hauptredner zu sein pflegte (als sie noch fähig war, Massenträgen auf die Beine zu bringen).

Einige Leute behaupten jetzt, dass diese Gruppe wirklich gegen den Krieg war. Nämlich: Einige Tage vor Kriegsende veröffentlichten sie wieder eine gemeinsame Annonce, in der sie diesmal zu einem Ende des Krieges aufriefen. Zur selben Zeit änderten auch Meretz und Peace Now ihren Kurs. Aber keiner entschuldigte sich oder zeigte Reue über seine vorherige Unterstützung des Mordens und der Zerstörung. Ihre neue Position war, dass der Krieg tatsächlich gut war, dass nun aber die Zeit gekommen sei, ihn zu beenden.

Welche Gründe hat diese Stellungnahme?

Zu dem Angriff entschied sich die Regierung als scheinbare Antwort auf die Aktion der Hisbollah, die zwei israelische Soldaten auf der israelischen Seite der Grenze gefangen nahm und einen Austausch mit libanesischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen vorschlug. Bei dieser Aktion wurden mehrere Kameraden der gefangenen Soldaten getötet und einige andere Soldaten starben, als ihr Tank auf eine Mine fuhr, während dieser auf der libanesischen Seite der Grenze die Verfolgung aufnahm.

Die israelische Öffentlichkeit reagierte natürlich mit Wut und rief nach Rache. Aber von Intellektuellen – besonders von «Linken» – könnte man erwartet haben, dass sie einen kühlen Kopf bewahren, besonders in Zeiten, die emotional aufgeladen sind. Unter ähnlichen Umständen hat sogar Ariel Sharon extreme Reaktionen vermieden und war mit einem Gefangenen-austausch einverstanden gewesen.

Andere Ziele

Diejenigen, die nicht den Mut dazu hatten (übrigens «oz» bedeutet im Hebräischen Stärke und Mut), und diejenigen, die wirklich glaubten, die Aktion der Hisbollah müsse mit einer starken Reaktion erwidert werden, hätten eine begrenzte militärische Vergeltungsmassnahme rechtfertigen können. An jenem Tag war es legitim, sich denen anzuschliessen, die eine vernünftige Reaktion verlangten. Aber schon nach 48 Stunden war klar, dass es sich nicht um eine massvolle, sondern eine massive Reaktion handelte. Es ging nicht darum, der Hisbollah und dem ganzen libanesischen Volk «eine Botschaft zu senden», dass solch eine Provokation nicht unbestraft bleiben würde. Israel hatte ganz andere Ziele.

Am 2. oder 3. Kriegstag war schon jeder denkenden Person klar – und rühmen sich nicht Intellektuelle, solch eine Person zu sein? – dass dies ein wirklicher Krieg war, der weit über das Problem der gefangen genommenen beiden Soldaten ging. Das systematische Bombardement der libanesischen Infrastruktur machte klar, dass der Krieg im voraus geplant und dass es sein Ziel war, die Hisbollah zu vernichten und die politischen Realitäten im Libanon zu verändern. Dazu brauchte man nur den Erklärungen von Olmert, Peretz und Halutz zuzuhören.

Dies war ein wirklicher Test der Intellektuellen. Man kann ihnen ihre erste Reaktion noch verzeihen. Man könnte sagen, sie waren mitgerissen worden, wie es Leuten bei Beginn eines Krieges oft geschieht. Man könnte sagen, sie haben den Kontext nicht verstanden (eine schreckliche Anklage, wenn sie Intellektuellen ins Gesicht geschleudert wird). Aber vom dritten Tag an gelten solche Rechtfertigungen und Entschuldigungen nicht mehr.

Die Armeechefs verbargen die schreckliche Zerstörung, die sie im Libanon anrichteten, nicht – im Gegenteil: sie prahlten damit. Es war klar, Hunderttausenden war entsetzliches Leiden zugefügt worden, viele Zivilisten waren getötet worden und viele, viele hatten all ihr Hab und Gut in den Dörfern und Städten, die systematisch zerstört worden waren, verloren. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung im Norden Israels schweres Leid zugefügt.

Wie konnten Schriftsteller mit Gewissen, noch dazu Linke mit humaner Einstellung sich ruhig verhalten, wenn solche Grausamkeiten begangen werden? Wie können sie der Propagandamaschinerie des Krieges dienen?

Die Schriftsteller konnten zwar nicht wissen, dass die Armeechefs der Regierung schon am 6. Kriegstag mitgeteilt hatten, die erreichbaren Kriegsziele seien erreicht worden und mehr könne nicht erreicht werden, (wie die Rückkehr der Gefangenen, die Entwaffnung der Hisbollah). Mit andern Worten: sogar von einem rein militärischen Standpunkt aus gab es keinen Grund, mit dem Schrecken fort zu fahren; trotzdem ging er dann noch 27 Tage und Nächte weiter. Wenn jedoch irgendein Protest, selbst ein schwacher, von Seiten der Schriftsteller gehört worden wäre, hätte dies die politischen und militärischen Führer wohl dahin gebracht, noch einmal nachzudenken. Aber solch einen Protest gab es nicht.

Die tieferen Gründe

Als die Schriftsteller endlich in der 5. (fünften!) Woche aufwachten und zur Beendigung des Krieges aufriefen, war es zu spät. Sie waren dann nicht mehr nötig. Die schwerfällige UN war schon darum bemüht, das Ende der Feindlichkeiten zu erreichen. Die tragische Seite war, dass David Grossmans Sohn Uri in den Kämpfen der letzten Kriegsstunden getötet wurde.

Wie kam es, dass sich die «Links, aber»-Leute so verhalten haben?

Man könnte oberflächliche Gründe finden. Es ist für Linke sehr schwierig, sich gegen die Regierung zu erheben, in der die Laborpartei eine wichtige Rolle spielt. Das traf auch für das Jahr 2000 zu, als der Laborführer Ehud Barak den Camp David-Gipfel zu Fall brachte und mit dem fatalen Slogan zurückkehrte: «Wir haben keinen Partner! Es gibt niemanden, mit dem wir reden können!»

Da gibt es aber noch tiefere Gründe für das Benehmen der «Links, aber»-Leute in Kriegszeiten.

Seit der Gründung der jüdischen Arbeiterbewegung im Land litt die Linke an inneren Widersprüchen: sie war beides – sozialistisch und nationalistisch. Von den beiden Komponenten war der Nationalismus weit wichtiger. Deshalb gründete sich die Mitgliedschaft im Gewerkschaftsbund (Histadrut) streng nach nationalen Klassifizierungen: keinem einzigen Araber war es erlaubt, Mitglied in der Körperschaft zu werden, deren offizieller Name war «Die Organisation der hebräischen Arbeiter in Erez-Israel». Erst Jahre nach der Gründung des Staates Israel war es Arabern gestattet, Mitglied zu werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Histadrut war es, mit allen Mitteln – selbst mit Gewaltanwendung – zu verhindern, dass Araber jüdische Arbeitsplätze einnahmen. Es wurde deshalb sogar Blut vergossen.

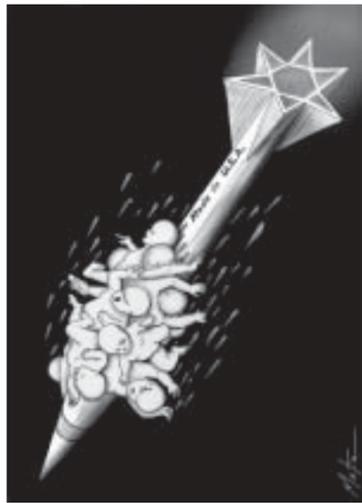
Das trifft auch für die ruhmreichste aller sozialistischen Schöpfungen zu: den Kibbuz. Auch hier war es keinem Araber erlaubt, Mitglied zu werden. Das war kein Zufall: Die Kibbuzim sahen sich als Realisierung eines sozialistischen Traumes, aber auch als Festungen des jüdischen Kampfes um das Land. Die Schaffung eines neuen Kibbuzes, wie Hanita an der libanesischen Grenze, 1938, wurde wie ein nationaler Sieg gefeiert.

Der am weitesten linke Teil der Kibbuz-Bewegung, Hashomer Haza'ir, (die Basis der ehemaligen Mapam-Partei, jetzt Meretz) hatte einen offiziellen Slogan: «Für Zionismus, Sozialismus und für die Brüderlichkeit aller Völker». Auch die Reihenfolge war nicht zufällig: sie drückt die wahren Prioritäten aus. Hashomer Haza'ir verehrte tatsächlich Stalin, «die Sonne der Völker», bis zu seinem Tod. Aber ihre wichtigsten Schöpfungen waren die Siedlungen, gewöhnlich auf Land, das reichen Landbesitzern abgekauft worden war, nachdem die Felachen, die dieses Land seit Generationen bearbeitet hatten, vertrieben worden waren. Nach der Gründung Israels wurden die Hashomer Haza'ir Kibbuzim auf dem Land der Flüchtlinge oder auf dem enteigneten Land arabischer Bürger Israels gebaut. Viel Zionismus, aber wenig Brüderlichkeit der Völker.

Bei jedem wirklichen Test wird dieser innere Widerspruch der «Zionistischen Linken» (wie sie sich gerne selbst nennen) deutlich. Das ist die Wurzel des schizophoren Verhaltens der «Links, aber»-Leute.

Wenn die Kanonen donnern und die Flaggen gehisst werden, dann stehen die «Linken, aber» in Hab-acht-Stellung und grüssen.

Der israelische Publizist und langjährige Knesset-Abgeordnete Uri Avnery ist Gründer von Gush Shalom und Träger des alternativen Friedensnobelpreises (2001). Aus dem Englischen von Ellen Rohlf, von der Redaktion leicht gekürzt.





Kinder-Alltag in Gaza, der medienabgewandten Seite im jüngsten Krieg. Foto Nour Ahmed/WN

Fragen einer Israelin an ihre Mitbürger

Können Sie wirklich nicht sehen?

von Amira Hass

Lassen wir jene Israelis beiseite, deren Ideologie die Enteignungen des palästinensischen Volkes deshalb unterstützt, weil wir «Gottes auserwähltes Volk» sind. Lassen wir auch jene Richter beiseite, die jede militärische Politik des Tötens und der Zerstörung vertuschen. Lassen wir auch jene Militärkommandeure beiseite, die bewusst ein ganzes Volk in Pferche sperren, die von Mauern, Festungs- bzw. Beobachtungstürmen, Maschinengewehren, Stacheldraht und blendenden Scheinwerfern umgeben sind. Lassen wir auch die Minister beiseite. All diese werden nicht unter die Kollaborateure gerechnet. Sie sind die Architekten, die Planer, die Konstrukteure und Ausführenden.

Aber da gibt es noch andere. Historiker und Mathematiker, leitende Redakteure, Medienstars, Psychologen und Hausärzte, Rechtsanwälte, die nicht Gush Emunin und Kadima unterstützen, Lehrer und Pädagogen, Leute, die gern wandern oder singen oder High-tech-Genies. Wozu gehören Sie? Und was ist mit denen, die sich wissenschaftlich mit Nationalismus, dem Holocaust und den Sowjet-Gulags befassen? Können Sie mit all den systematischen Diskriminierungsgesetzen einverstanden sein? Gesetze, die festlegen, dass die Araber in Galiläa für den Kriegsschaden keine Entschädigung erhalten wie ihre jüdischen Nachbarn (Aryeh Dayan, Haaretz, 12.8.06)

Könnte es sein, dass Sie alle das rassistische Bürgergesetz gut heissen, das israelischen Arabern verbietet mit ihren Familien im eigenen Haus zu leben? Könnte es sein, dass Sie für weitere Landenteignung sind und für die Zerstörung weiterer Fruchtbaumhaine, für noch eine jüdische Siedlung und noch eine Strasse exklusiv für Juden; dass Sie für das Töten durch Raketen- und Granatenbeschuss von Alten und Jungen im Gazastreifen sind?

Könnte es sein, dass Sie alle damit einverstanden sind, dass ein Drittel der Westbank – das Jordantal – von Palästinensern nicht mehr betreten werden darf? Dass Sie alle für eine israelische Politik sind, die Zehntausende von Palästinensern mit ausländischem Pass daran hindert, zu ihren Familien in die besetzten Gebiete zurückzukehren?

Könnte es sein, dass Sie so sehr von dem Vorwand der Sicherheit einge-

nommen wurden, der benützt wird, um Studenten aus dem Gazastreifen zu verbieten, Beschäftigungstherapie in Bethlehem oder Medizin in Abu-Dis zu studieren und der kranke Leute aus Rafah daran hindert, medizinische Behandlung in Ramallah zu erhalten? Finden Sie es auch bequem, sich hinter der Erklärung zu verstecken: «Wir wussten nichts davon!» Wir wussten nicht, dass bei der allein von Israel kontrollierten Wasserverteilung Diskriminierung praktiziert wird, dass dies Tausende von palästinensischen Haushalten während der heissen Sommermonate ohne Wasser lässt; wir wussten nicht, dass wenn die IDF (israelische Armee, die Red.) den Eingang von Dörfern blockieren, sie damit auch den Zugang zu Brunnen oder Wassertanks blockieren.

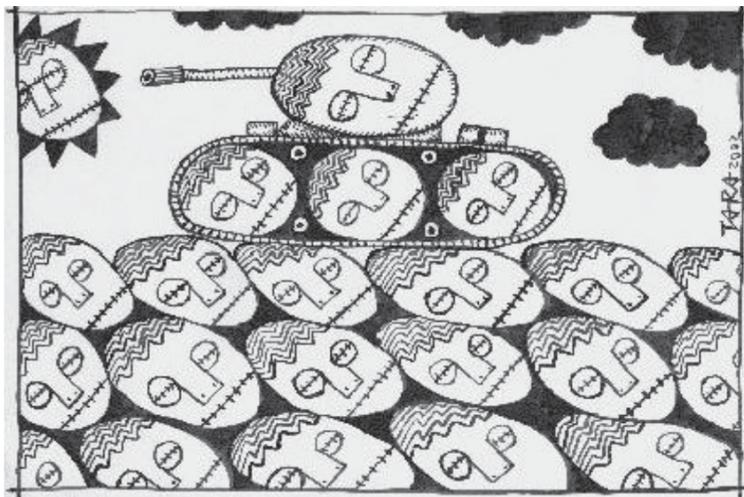
Es kann doch kaum sein, dass Ihr das eiserne Tor auf der Strasse 344 in der Westbank nicht sieht, das Palästinenser daran hindert, auf diese Strasse zu gelangen. Es kann doch nicht sein, dass Ihr eine Politik unterstützt, die Tausende von Bauern daran hindert, zu ihrem Land, zu ihren Anpflanzungen, zu gelangen, dass Ihr die Quarantäne des Gazastreifens unterstützt, die verhindert, dass Medikamente für die Krankenhäuser geliefert werden können, oder die Unterbrechung des Stroms und der Wasserversorgung für 1,4 Millionen Menschen und die monatelange Schliessung ihres einzigen Ausgang in die Welt.

Könnte es sein, dass Ihr nicht wisst, was sich 15 Minuten entfernt von euren Hochschulen und Büros abspielt? Ist es wahrscheinlich, dass Ihr das

System unterstützt, unter dem hebräische Soldaten an Kontrollpunkten mitten in der Westbank täglich Zehntausende stundenlang bei sengender Hitze warten lassen und dann noch selektieren, dass Bewohner von Nablus und Tulkarem nicht durchgelassen werden, wenn sie jünger als 35 sind – «Los! Zurück nach Jenin!» Bewohnern von Salim ist es nicht einmal erlaubt, hier zu sein; einer kranken Frau, die aus der Reihe tanzt, wird «eine Lektio» erteilt: sie wird deshalb für ein paar Stunden verhaftet. Machsom Watch's Platz (am Kontrollpunkt) ist jedem zugänglich. Bei ihnen gibt es zahllose solcher Zeugnisse und – es ist tägliche Routine. Es kann doch nicht sein, dass alle die, die über jedes Hakenkreuz auf einem jüdischen Friedhof in Frankreich oder über eine antisemitische Schlagzeile in einer spanischen Zeitung entsetzt sind, nicht an solche von mir aufgezählten Informationen kommen und sich nicht auch entsetzen und sich empören.

Als Juden erfreuen wir uns der Privilegien, die uns Israel gibt – und die uns alle zu Kollaborateuren macht. Die Frage lautet: Was tut jeder einzelne von uns aktiv und in einer täglichen direkten Weise, um die Zusammenarbeit mit einem Regime, das unersättlich enteignet und unterdrückt, zu verringern? Nur eine Petition unterschreiben, genügt nicht. Israel ist eine Demokratie für seine Juden. Wir brauchen nicht um unser Leben bangen, wir kommen nicht in KZs, unser Lebensunterhalt wird nicht beschädigt und unsere Erholung auf dem Lande oder im Ausland wird uns nicht verweigert. Deshalb ist die Last der Kollaboration und direkter Verantwortung unendlich schwer.

Amira Hass ist israelische Journalistin und Buchautorin. Sie lebt in Palästina. Aus Haaretz. Übersetzt von Ellen Rohlf. Quelle: zmag.de



Dank aus Gaza

Eigentlich...

Im vergangenen Mai sammelte «sa'wijan ch» spontan Geld zur Unterstützung einiger Studierender und ihrer Familien in Gaza. Die Schweizerische Friedensbewegung hat sich mit einer Spende an dieser Sammlung beteiligt. Im Juni ist das Geld in Gaza-City überreicht worden. Tschering von Moos von «sa'wijan ch» berichtet.

Von Tschering von Moos

Eigentlich wollten wir von «sa'wijan ch» (das arabische Wort für Gemeinsam/Zusammen) hier ein kleines Statement von unseren Freunden in Gaza-City wiedergeben. Doch die Lage verschlechterte und verschlechtert sich tagtäglich, so dass sie kaum Zeit und Energie fanden ihre Freude über unsere kleine Überbrückungsaktion weiter zu geben. Während im Libanon die Bombardierungen tobten, nutzten die Israelis nämlich die presseabgewandte Gelegenheit im Gaza. Praktisch ungehindert, benützen sie die Situation, den Shutdown vorwärts zu schiessen.

Trotzdem: Mit unserer kleinen Aktion der FreundInnen, Bekannten und Unbekannten, mit dieser einwöchigen Schnellsammlung haben wir immerhin über 11'150 shakel, (etwa Fr. 3'340.-) zusammen gebracht. Und das nicht zuletzt dank der grosszügigen Unterstützung von «Unsere Welt» resp. der Schweizerischen Friedensbewegung.

Mit dieser bescheidenen Geste konnte die Vereinigung der Studierenden an der Universität Gaza Lebensmittelpakete (Reis/ Mehl/ Oel, Zucker und Zatar) für 22 Familien zusammenstellen. Aber auch direkte finanzielle Hilfe leisten. Und dafür danken sie uns ganz herzlich.

Trotzdem – die Gesichter der jungen Studenten auf dem Foto sind traurig und finster. Verständlich.

Was im Gaza «hinter der Bühne» abläuft, ist genau so verwerflich und schwerwiegend wie im Libanon. Bombardierungen. Erschiessungen. Verhaftungen. Verfolgungen bis zur vollständigen Vertreibung und Vernichtung.

In den letzten beiden Juniwochen war ich mit einer ISM-Gruppe

(InternationalSolidarityMovement) von ArchitektInnen/ ArchäologInnen und HistorikerInnen aus der westlichen Schweiz, in Palästina. Neben Hebron wollten wir auch nach Gaza. Unmöglich. Die gezogene Grenze dicht. Es gab – ja, man muss bei den Israelis gnädigst um Genehmigung bitten – keine Bewilligung.

Die Menschen dort sind abgeschottet von Umwelt und Freundschaften. Das Kraftwerk zerbombt. Die Wasserspeicher für Mensch und Tier zugeht. Und der Nachschub verrottet vor den Checkpoints.



Je länger an der Zwinge gedreht wird, desto mehr brauchen die palästinensischen Familien unsere Hilfe und lautstarke Solidarität.

Mann/Frau kann Briefe schreiben. An unsere Regierung mit der Forderung: die militärische Zusammenarbeit mit Israel sofort einzustellen.

Wir können aber auch weiter mit-helfen, das Leid der Menschen im Gaza wenigstens finanziell zu überbrücken.

Gerne stellt «sa'wijan ch» nochmals ihr Konto zur Verfügung. Vermerk GAZA nicht vergessen.

Sa'wijan schweiz, 8053 Zürich PC-85-235656-4

Wer sich im Allgemeinen über Palästina und Gaza informieren möchte: www.palaestina.org.

In Kürze

Israel mit kämpft mit verbotenen Mitteln

Gemäss der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) hat Israel im Südlibanon verbotene Waffen gegen Zivilisten eingesetzt, so genannte Clusterbomben, die sich in hunderte mit Splintern gefüllte «Kleinbomben» aufteilen und wegen ihrer «grausamen Ungenauigkeit» nicht in zivilen Wohngebieten eingesetzt werden dürfen.

Libanesisische Ärzte, gesundheitliche Hilfskräfte und Flüchtlinge berichteten zudem, dass das israelische Militär Brandwaffen mit weissem Phosphor über zivile Wohngebiete abgeworfen hätten, was eine weitere Verletzung der Genfer Konventionen darstellt.

Die Beirut Repräsentantin von Norwegian people's Aid teilte IPS mit, dass mehrere ihrer Mitarbeiter im Süden Menschen verarztet haben, die von Brandwaffen getroffen wurden: «Das Wichtigste ist, dass es eine Untersuchung über den Einsatz dieser verbotenen Waffen durch die Israelis gibt. Sie haben Phosphor in Nabatiyeh eingesetzt und Cluster Bomben im Beirut Stadtteil Dahaya.» Libanon hat die Anwendung der verbotenen Waffen durch das israelische Militär offiziell bestätigt.

Das internationale Recht sieht vor, dass das Militär zwischen Kampfeinheiten und Zivilisten unterscheiden muss. Brandwaffen und Clusterbomben verstossen gegen die internationalen Menschenrechte wie gegen die Genfer Konventionen (Die Genfer Konventionen sind zwischenstaatliche Abkommen und eine wichtige Komponente des Humanitären Völkerrechts. Sie enthalten für den Fall eines Krieges, eines internationalen oder eines nicht-internationalen bewaffneten Konflikts Regeln für den Schutz von Personen, die nicht an den Kampfhandlungen teilnehmen. Die Bestimmungen der vier Konventionen von 1949 betreffen die *Verwundeten und Kranken der bewaffneten Kräfte im Felde* (Genfer Abkommen I), die *Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der bewaffneten Kräfte zur See* (Genfer Abkommen II), die *Kriegsgefangenen* (Genfer Abkommen III) und die *Zivilpersonen in Kriegszeiten* (Genfer Abkommen IV).



Original der 1. Konvention (1864)

Plan zur Rekolonisation Kubas

Übergang zur Oligarchie

Die «Commission for Assistance to a Free Cuba» [Kommission zur Unterstützung eines freien Kubas] der Bush-Administration unter dem gemeinsamen Vorsitz des Aussen- und Handelsministeriums hat dem US-Präsidenten im Juli ein neues Dokument vorgelegt. Es ist ein langatmiger und umfassender Plan, der alle Schritte ausführt, die die US-Regierung und andere dafür «wesentlichen Akteure» unternehmen werden, um Kuba in die Familie der offenkundigen US-Kolonien zurückzuführen, zu denen einige pazifische Inseln, Puerto Rico, Haiti, Kabul und die Grüne Zone in Bagdad gehören.

Von Tom Crumpacker

Die US-Regierung war entschieden dafür kritisiert worden, dass es für den Irak nach dessen Eroberung keinen Plan gegeben habe. Einige beklagten sogar, dies sei der Grund für den Fehlschlag der Besatzung. Ein Zweck des «Plan Bush», wie er auf Kuba genannt wird, mag nun sein, solcher Kritik im Falle Kubas zuvorzukommen.

Zukunft privatisiert, und die wesentlichen Akteure (USA und ihre Unternehmer) werden für Kuba ein Wasser- und sanitäres Anlagensystem, die Gesundheitsvorsorge, Bildungssystem, Transportsystem und Kommunikationssystem, ein Unterkunftssystem (Wohnungen für alle...), ein Nahrungsversorgungssystem (ein Hühnchen in jedem Topf) erbauen und schaffen. Alles das gleicht vermutlich

Beweise dafür zu liefern), sagt aber sehr wenig dazu, welche Rolle sie dabei spielen dürfen, um ihre angeblichen Wünsche zu erfüllen. Tatsächlich werden sie insgesamt als Objekte, nicht als Subjekte einer Umgestaltung behandelt, die von anderen ausgeführt wird. Sie werden für hilflos und unwissend gehalten, in verzweifelter Bildungs- und Ausbildungsnot und dem Verlangen nach Ausbildung in der Komplexität einer modernen Konsumgesellschaft.

Der Plan sieht vor, die kubanische Nation von Grund auf neu aufzubauen. Die ersten sechs Monate seien dabei entscheidend, wird gesagt. Das ist die Zeit, in der die kubanische Übergangsregierung (CTG) eingerichtet werden soll. Natürlich ist damit eine Marionettenregierung gemeint, wie sie für Afghanistan und für den Irak geschaffen wurde. Die Finanzierung wird aus einem aufgezwungenen Strukturangleichungsdarlehen des IMF erfolgen und aus anderen internationalen Krediten, internationalen Investitionsmassnahmen, insbesondere von der «Cuban community abroad» [Kubanische Gemeinschaft in Übersee, Anm. d. Ü.] und einigen US-Steuerzahlern, da wo ihre Hilfe angemessen erscheint.

Die kubanische Verfassung

Viel Aufmerksamkeit schenkt der Plan Fidel Castros «Strategie» für seine Nachfolge. Kuba besitzt eine Verfassung, aber sie wird mit keinem Wort im Plan erwähnt. Anscheinend soll auch keine geschrieben werden, wie in Afghanistan und Irak auch. Anscheinend werden Verfassungen nicht mehr für nötig gehalten. Der Plan besagt, Castros Strategie sei es, dass sein Bruder Präsident wird, wenn er sein Amt verlässt, was die wesentlichen Akteure (die USA und ihre Unternehmer) nicht erlauben würden.

Die kubanische Verfassung wurde in den frühen 1970ern auf lokaler und provinzieller Ebene entwickelt und 1976 von 97% der wahlberechtigten Kubaner verabschiedet. Nach der Periode der «Korrektur» in den späten 1980ern wurde sie 1992 mit dem gleichen Verfahren und der notwendigen Zweidrittelmehrheit im kubanischen



Protestkundgebung gegen den «Plan Bush» in Havanna. Foto PL

Dennoch gleicht dieser Plan in vieler Hinsicht dem für den Irak (der zuvor nicht öffentlich ausgesprochen wurde). Die Privatisierung wird, nach üblicher Lesart, Kuba in eine moderne, zivilisierte Welt überführen, indem man ein kapitalistisches Utopia schafft, wo private Unternehmer der «internationalen Gemeinschaft» (sprich US-Konzerne) und die «kubanische Gemeinschaft in Übersee» (hauptsächlich US-Bürger) ungehindert von gesellschaftlichen Zwängen ihre ganze kreative Kraft entfesseln können, um die seit langem leidende kubanische Bevölkerung aus der andauernden Armut und Tyrannei zu erretten, indem sie übrigens gleichzeitig selber davon profitieren.

Der Plan empfiehlt, die laufenden Destabilisierungsmassnahmen auf Kuba fortzuführen oder gar zu verstärken, insbesondere was die Funk- und Fernsehprojekte betrifft, die den Kubanern illegal über US-Flugzeuge aufgezwungen werden. Gleichzeitig soll Kuba durch die Verschärfung der Blockade Einnahmen in harter Währung verweigert werden, d.h. ausländische Banken, die mit Kuba handeln, werden mit Geldstrafen belegt, die Taktik von Bestrafung und Belohnung für ausländische Regierungen, die den Handel mit Kuba verstärken oder reduzieren wird weitergeführt, die Reisebeschränkungen verstärkt. Die Kosten dafür machen inzwischen das Dreifache der Ausgaben aus, die wir aufwenden, um die Al Quaida aufzuspielen.

Die Finanzierung all dessen geht über einen neuen US-Schmiergeldfond von 80 Millionen Dollar, der pro Jahr um 20 Millionen aufgestockt werden soll, dazu kommt all das dreckige Destabilisierungsgeld (nicht bekannte jährliche Multimillionen), das jetzt über verschiedene Agenturen und über die US-Interessenvertretung in Havanna nach Kuba fließt.

Nach dem «Plan Bush» werden die gesamte kubanische Kommunikation, das Transportwesen, der Bergbau, die Industrie, Landwirtschaft, medizinische und andere Produktionen in der

dem, was wir für die irakische Bevölkerung tun oder ihr antun. In der Tat ist es viel mehr als wir für die Bevölkerung von New Orleans bereit sind zu tun.

Unsere Grosszügigkeit gegenüber den Kubanern hängt jedoch von deren Bereitschaft zu einer neuen politischen Wirtschaft ab, die der unseren gleicht. Der Plan sagt sehr wenig darüber, was es in Kuba schon gibt, und nichts über die Auswirkungen unserer Blockade und die des Terrorismus gegen Kuba. Es ist so, als ob die Einrichtungen, die Infrastruktur und die Fähigkeiten, sich zu schützen, die innerhalb von 45 Jahren der Unabhän-



Kundgebungsteilnehmer Fidel Castro. Foto PL

gigkeit geschaffen worden sind, so unbedeutend seien, dass sie es nicht wert wären, überhaupt erwähnt zu werden.

So überrascht es auch nicht, dass dieser Plan voll der üblichen Schlagworte ist, die diese Administration gebraucht, um die öffentliche Meinung zu manipulieren, wie «Demokratie» (kommerzielle Oligarchie), «Freiheit» (die des grossen Fisches, die kleinen zu fressen), «Dissidenten» (die paar hundert von den USA bezahlten Söldner auf der Insel). Der Plan steckt auch voller Behauptungen darüber, welche Änderungen die Menschen auf Kuba möchten (ohne

Parlament in wesentlichen Teilen geändert. 2002 wurde sie als Antwort auf das «Varela-Projekt» mit den Stimmen von über 8 Millionen Kubanern, 95% der erwachsenen Bevölkerung, nochmals bestätigt.

Diese Verfassung etabliert ein überparteiliches partizipativ-repräsentatives Wahlsystem, das unserem zwar nicht ähnelt, aber in einigen Beziehungen rechenschaftspflichtiger und demokratischer ist. Auf örtlicher und provinzieller Ebene müssen zwei oder mehr Kandidaten für ein Amt antreten, auf nationaler Ebene handelt es sich um eine Art parlamentarisches



Protestplakate vor der (formell unter schweizerischer Hoheit stehenden) US-Interessenvertretung in Havanna. Foto PL

System, bei dem jeder Kandidat für die 619 Sitze der für 5 Jahre eingesetzten Nationalversammlung mindestens 50% der Stimmen auf sich vereinigen muss, um einen Sitz zu erlangen. Die Exekutive (der Staatsrat) besteht aus 24 Mitgliedern der Nationalversammlung, angeführt von einem Präsidenten und einem Vizepräsidenten, zurzeit die rechtsstaatlich gewählten Castro-Brüder.

Die Verfassung besagt, dass wenn der Präsident nicht in der Lage ist, sein Amt fortzuführen, oder aus irgend einem Grund zurücktritt, der Vizepräsident seinen Platz einnimmt bis die Nationalversammlung einen neuen Präsidenten wählt. Die Nationalversammlung und die Castro-Brüder haben mehrfach erklärt, dass die Nachfolge in Einklang mit der Verfassung geregelt wird.

Die einzige Möglichkeit das aufzuhalten oder zu ändern, wäre eine US-Militärinvasion. Das bedeutet, dass dieser Plan, wenn er denn angewendet wird, eine Kriegserklärung darstellt, wie es der Präsident von Kubas Nationalversammlung Ricardo Alarcón ausdrückte.

Mein Kampf

Es ist unüblich, den Plan, eine souveräne Nation unterwerfen zu wollen, schon im Voraus öffentlich bekannt zu machen. Das letzte historische Beispiel, das mir dazu einfällt, ist die Veröffentlichung von Adolf Hitlers «Mein Kampf» im Jahre 1924, in dem die vorgeschlagenen Schritte nach der Übernahme Deutschlands durch die Nazi-Partei umrissen werden. Unglücklicherweise hat das niemand in Europa ernst genommen. Die Amerikaner sollten sich fragen, weshalb unsere Regierung einen solchen Plan zu dieser Zeit bekannt macht.

Sicher, Begünstigung ist ein wichtiger Faktor. Die Geschäftswelt von Florida, die aus Leuten mit allen möglichen Wurzeln, Amerikaner, Latinos, Kubaner, besteht; betrachtet Kuba als Mitbewerber in der wichtigsten Industrie, dem Tourismus. Sie finanziert die meisten Anti-Kuba-Politiker landesweit und in Florida und bekommt dafür eine brutale Blockade, eine böse Kuba-Politik und sogar mehr Steuergelder. Viele dieser Leute sehen in der derzeitigen Administration ihre letzte Chance, in Kuba die Macht wieder zu übernehmen und sie verteilen bereits die Beute. Das Bild gleicht dem von geifernden Hunden, die nach Süden über die Strasse von Florida blicken, wo es eine Insel mit 11 Millionen Arbeitern und Konsumenten gibt, die es auszubeuten gilt.

Der Plan behauptet, dass Kuba und Venezuela sich in die inneren Angelegenheiten anderer lateinamerikanischer Länder «einmischen», etwas, was die USA nie tun würden. Kein lateinamerikanisches Land hat sich darüber beschwert, und es gibt auch keinen Hinweis, der diese Anschuldigung rechtfertigt. Es ist wahr, dass Kuba Ärzte, Krankenschwestern und Lehrer schickt, um armen Menschen in Lateinamerika, der Karibik und Af-

rika zu helfen, aber nur auf Wunsch der jeweiligen Regierung. Die Wahrheit ist, dass einige Staaten in Südamerika nach einem Jahrhundert der Ausbeutung durch US-Konzerne unabhängige Länder werden. Die Kubanische Revolution steht als leuchtendes Beispiel dafür, dass dies machbar ist.

Der Plan besagt, er sei von über 100 Experten verschiedener Regierungsagenturen geschrieben und zusammengestellt worden, aber die CIA ist nicht dabei. Es gibt eine Menge guter Gründe zu glauben, dass die CIA, zumindest die Agenten, die etwas von Kuba verstehen, mit früheren Untersuchungen des Pentagons über kubanische Militäreinrichtungen übereinstimmen, wonach Kuba keine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellt. Trotzdem wird ein Teil des Plans aus Gründen der nationalen Sicherheit geheim gehalten.

Wir wissen jetzt, dass die Regierung anti-kubanischen Terrorgruppen wie Alpha 66 zumindest erlaubt hat, mit leichten Waffen in und in der Nähe des Everglades-Nationalparks und anderswo Übungsstunden abzuhalten. In den vergangenen Monaten haben die Behörden von Ford Lauderdale und Los Angeles grosse Lager mit Waffen gefunden, die für eine erneute Invasion Kubas vorgesehen waren. Unter den Waffen befanden sich Raketenwerfer, Bazukas, Uzis [Maschinengewehre] und alle möglichen Granaten und Maschinenpistolen. Die Besitzer wurden verhaftet, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie jemals öffentlich vor Gericht gestellt werden. Im Fall von Los Angeles kann sich das Mitglied von Alpha 66, das über 1500 Kriegswaffen besass, damit verteidigen, dass die Waffen von der Regierung zur Verfügung gestellt worden waren.

Es gibt mehrere verschiedene Szenarien, die man dazu nutzen kann, eine weitere militärische Intervention in Kuba öffentlich zu rechtfertigen. Einer der unzutreffendsten, schädlichsten und gefährlichsten Aspekte der US-Propagandakampagne ist die Behauptung, die Kubanische Revolution sei das Werk eines einzelnen Mannes («des Tyrannen») und das Volk auf der Insel sei versessen darauf, zur Herrschaft der Konzerne zurückzukehren.

Die Amerikaner wären gut beraten, wenn sie in eigenem Interesse Einfluss auf diese Administration nähmen, bevor sie nach diesem Plan handelt. Jede Invasion in Kuba führte zu einem brutalen Krieg und einem blutigen Aufstand, der erst endet, wenn sich die Amerikaner komplett zurückziehen und das US-Imperium aufhört zu existieren.

Tom Crumpacker war US-amerikanischer Jurist, der mit der «Miami Coalition to End the US Embargo to Cuba» zusammengearbeitet hat. Tom ist am vergangenen 11. August im Alter von 72 Jahren einem Krebsleiden erlegen. Aus Counterpunch. Übersetzung: Dirk Brüning und Josie Michel-Brüning (Basta Ya).



Eingekekert, weil sie Terroristen bekämpft haben

Freiheit für die «Miami 5»

Am 12. September sind es 8 Jahre, dass Ramón Labañino, Antonio Guerrero, René González, Gerardo Hernández und Fernando González in den USA verhaftet wurden und seither eingekerkert sind, zeitweise unter menschenverachtenden Bedingungen. In einem Marsch zum Weissen Haus wird am 23. September ihre Freilassung gefordert.

Von Samuel Wanitsch

Nach einem völlig manipulierten Prozess in Florida wurden die fünf Kubaner zu schwersten Strafen verurteilt, weil sie – freiwillig und unbewaffnet – den von Miami aus operierenden Terrororganisationen auf der Spur waren. Im Juni 1998 hatten die kubanischen Behörden ihre Erkenntnisse an das FBI übergeben, mit dem Ersuchen um Strafverfolgung. Den Fünf war es gelungen, in über 170 Fällen Anschläge zu verhindern. Statt jedoch gegen die antikubanischen Terroristen in den USA vorzugehen, zogen es die US-Behörden vor, gegen die fünf Kubaner zu ermitteln, sie zu verhaften und in Miami vor Gericht zu stellen.

Nach unermüdlichem Einsatz und unterstützt durch die internationale Solidarität legte das «National Committee to free the Cuban Five» durch den bekannten Menschenrechtsanwalt Leonard Weinglass beim Appellationsgericht in Atlanta Berufung ein. Ein Drei-Richter-Gremium wies den skandalösen Urteilsspruch und die Strafen gegen die «Cuban Five» am 9.

August 2005 tatsächlich zurück und annullierte das Verfahren.

Ein schwerer Rückschlag für Washington. Die Bush-Regierung hatte die Verurteilung der «Cuban Five» stets verteidigt. Sie versuchte in der Folge denn auch alles, um die rechtmässige Freilassung der fünf politischen Gefangenen zu verhindern. (Umgekehrt beherbergen die USA den Terroristen Luis Posada Carriles, der am Absturz einer kubanischen Verkehrsflugzeuges mit 73 Toten beteiligt war, obwohl das Völkerrecht dessen Auslieferung an Venezuela verlangt). Exakt ein Jahr später nun, am vergangenen 9. August 2006 hat ein 12-Richter-Gremium auf offensichtlichen Druck der Bush-Administration das Urteil der drei Kollegen wieder aufgehoben.

Soliveranstaltungen

Die ständig wachsende Solidarität mit den Fünf Kubanern in den USA und in der ganzen Welt protestiert dagegen und fordert im Rahmen von «Internationalen Solidaritätstagen mit den Miami 5» (vom 12. September bis 6.

Oktober 2006) mit verschiedensten Veranstaltungen ihre Freilassung. Im Zentrum steht ein Marsch zum Weissen Haus in Washington am Samstag, 23. September. Gleichentags finden auch hierzulande Aktionen statt. Die Vereinigung Schweiz-Cuba geht in verschiedenen Städten mit Informationsständen und Unterschriftenbogen

Angehörige der Miami 5 in Bern

Samstag, 23. September 2006, 17 Uhr im «Käfigturm» Bern mit Adriana Pérez, Gattin von Gerardo Hernández und Magalys Llort, Mutter von Fernando González, beide direkt aus Kuba angereist. Dok-Video «Mission gegen den Terror»

auf die Strasse (z.B. in Basel von 09.00 – 15.00 Uhr auf dem Claraplatz und in Bern von 10.00 – 16.00 Uhr vor der Heiliggeistkirche) und darf in diesen Tagen auch Familienangehörige der Gefangenen in der Schweiz willkommen heissen. Zusammen fordern sie die unverzügliche Freilassung; die Fünf sind unschuldig!

Samuel Wanitsch ist Nationalkoordinator der Vereinigung Schweiz-Kuba (VSC). Siehe auch nebenstehendes Interview.

UNESCO-Alphabetisierungspreise verliehen

Yo si puedo!

Die diesjährigen Gewinner der UNESCO-Alphabetisierungspreise kommen aus Cuba, Marokko, Pakistan, Rajasthan (Indien) und der Türkei. Ein chinesisches Projekt fand «ehrenhafte Erwähnung». Die Preisübergabe fand am Weltalphabetisierungstag, dem 8. September 2006, statt.

Von Anne Polikeit

Der Lehrstuhl für Jugend und Erwachsenen-Alphabetisierung und Bildung des lateinamerikanischen und karibischen pädagogischen Instituts der Republik Cuba (IPLAC) erhielt einen der beiden, mit je 20 000 US \$ dotierten King Sejong Alphabetisierungspreise.

Hervorgehoben wurde in der Begründung «die erfolgreiche Förderung des individuellen und sozialen Potenzials durch innovative Lehr-

che soziale, kulturelle und ethnische Zusammenhänge angepasst.»

Die Anerkennung, so die Begründung, gelte auch «der Arbeit, die unternommen wurde, um ein komplexes Evaluationsmodell zu entwickeln, das die Wirkung der Alphabetisierungsprogramme auf die Neu-Alphabetisierten und ihre Mitmenschen auswertet und gleichzeitig deren individuelle Entwicklung misst. Audiovisuelle Mittel, neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden genutzt, um die Reichweite und Effizienz



Bereits 1964 lobte die UNESCO in einem ausführlichen Bericht die kubanischen Alphabetisierungsmethoden.

ren Weiterentwicklung, das Vokabular der Neu-Alphabetisierten wird damit vergrössert, Reflexion und Debatte vereinfacht und der mündliche Ausdruck entwickelt. Das Programm bezieht ausserdem Familienmitglieder ein, und behandelt die Umwelt, Hygiene und Gesundheit in Verbindung mit dem soziokulturellen, ökonomischen und politischen Umfeld des Landes, in dem es eingesetzt wird.»

Mit der unter dem Titel «Yo si puedo!» («Ich kann es!») bekannten Methode kann innerhalb von nur zwei Monaten Lesen und Schreiben gelernt werden. Die Erfolgsquote beträgt 97 Prozent. Dank dieses Programms haben beispielsweise in Venezuela seit 2003 über 1.5 Millionen Menschen Lesen und Schreiben gelernt. Seit Oktober 2005 liegt die Analphabetismusrate Venezuelas unterhalb 1%, das Land gilt damit nach den UNESCO-Kriterien als analphabetismusfrei. Motivation der venezuelanischen Regierung: Nur wer lesen kann, kann seine Rechte kennen und sie einfordern.



Argentinierinnen lernen lesen nach der prämierten kubanischen Methode «Yo si puedo!»

methoden in mehr als 15 Ländern, vor allem Ecuador und Venezuela. Das Programm wurde in verschiedenen Gegenden der Welt an unterschiedli-

enz des entwickelten Lehrmaterials zu erweitern. Weiterbildungsmaterial festigt das Leseverständnis und die Schreibfähigkeit und ermöglicht de-

Interview mit Samuel Wanitsch

Stimmung in Kuba

UW: Samuel Wanitsch, du bist im Juli und Anfangs August in Cuba gewesen, hast also sicher die Rede von Fidel Castro am 26. Juli noch mitverfolgt. Unter welchen Umständen hast du dann am 1. August die Nachricht von Castros Erkrankung erfahren? Wie waren die Reaktionen in deinem Umfeld?

Wanitsch: Fast müsste ich abergläubisch werden: nachdem ich auch im April 2002 in Kuba weilte und miterlebte, wie ganz Kuba gebannt die Nachrichten aus dem befreundeten Venezuela über den (letztlich missglückten) Putsch gegen Hugo Chavez verfolgte, war ich jetzt wieder im Land, als die Nachricht über Fidel Castros Erkrankung publik wurde.

Mich beeindruckte das gewaltige Pensum, das sich der weise alte Mann auferlegte. Da war der Besuch im winterlich kalten Argentinien mit der Teilnahme am Mercosur-Gipfel, dem historischen Besuch des Geburtshauses von Che Guevara zusammen mit Hugo Chavez und einer mehrstündigen Rede vor Tausenden von begeisterten Teilnehmenden an einer Manifestation in Mendoza, notabene Fidel mit einer dicken Halsschärpe umgebunden. Gleich danach erfolgte die Rückreise ins «heissergeftastnichte» Kuba zur Feier des 26. Juli in Bayamo und gleichentags die Weiterreise nach Holguin zu einer Veranstaltung an der Universität.

Auf unserer Reise in den Oriente passierten wir Bayamo erst nachmittags und begegneten in dieser schmucken Kleinstadt tatsächlich noch der wegfahrenden Wagenkolonne des Commandante; seine Rede verfolgten wir abends am Fernseher.

Im Süden von Kuba beherrschte in jener Woche der Carnaval von Santiago de Cuba das Geschehen. Es soll der zweitgrösste sein nach Rio de Janeiro, aber als Gegensatz zu diesem – und wir waren mittendrin – frei von Aggressionen oder Gewalt.

Anlässlich einer Einladung am 1. August bei der Provinzvertretung des ICAP (Instituto Cubano de Amistad con los Pueblos) in Guantánamo machte plötzlich der Hinweis die Runde, in den Abendnachrichten werde etwas Wichtiges mitgeteilt. Beeindruckend und unvergesslich bleiben für uns die Reaktionen als die «Proclama», die persönliche Erklärung des Comandante verlesen wurde. Es flossen Tränen, doch wurde sogleich versucht, die Fassung wieder zu finden und die Situation richtig zu gewichten. Ein in unserer Runde anwesender Arzt folgerte aus dem Text, dass Fidel bereits operiert worden sei. Dessen Unterschrift samt Datum auf der «Proclama» wirkten beruhigend auf Kubanerinnen und Kubaner...

Du hast die Tage unmittelbar nach der provisorischen Abgabe der zahlreichen Funktionen und Aufgaben von Fidel an andere Genossen miterlebt. Hattest du das Gefühl, das Land sei nun paralysiert oder ging das Alltagsleben reibungslos weiter?

Die Art und Weise der Benachrichtigung der Bevölkerung war für mich ein politisches Meisterstück der kubanischen Führung, die eben aus vielen klugen Köpfen besteht und die dem Volk auch bestens bekannt sind. Sie verunsicherte damit höchstens – und das wohl mit Absicht – die ausländischen Medienleute...

Ganz klar, dass im Volk eine gewisse Bedrücktheit erkennbar war und hörbar vor allem die Sorge, was die Nachricht beim grossen Feind bewirken könnte. Der Alltag ging aber völlig normal weiter, ausser dass in Havanna der Carnaval verschoben wurde.

Vor welchen hauptsächlich Aufgaben steht Cuba zur Zeit? Dass Castro persönlich die Programme Elektrizität, Gesundheitswesen und Bildung leitete, weist wohl auf gewisse Schwerpunkte hin. Gehen diese Programme auch ohne seine tägliche Präsenz weiter?

Ein Strassenbild in Nueva Gerona, dem Hauptort der Isla de la Juventud war für uns besonders eindrücklich und konkreter Ausdruck einer Politik, in der nicht bloss geschwätzt wird, sondern den Worten Taten folgen. Wir trauten unseren Augen nicht, als wir in diversen Strassen Dutzende von ausrangierten und daneben reihenweise noch verpackte neue Kühlschränke aufgereiht sahen; und hausweise der Austausch erfolgte, organisiert und überwacht von Sozialarbeiterinnen. Im Rahmen des «Año de la revolución energética» werden also die alten Stromfresser ersetzt, und das übers ganze Land (selber gesehen!); dasselbe passierte schon mit den Glühbirnen und ist mit Ventilatoren im Gange, von den Dampfkochtöpfen ganz zu schweigen. Was uns besonders auffiel: es gab während unseres vierwöchigen Kuba-Aufenthaltes keinen einzigen Stromunterbruch (apagon)!

Bereits unsere Reisen in den Vorjahren zeigten uns, wie konsequent und prioritär angekündigte Programme durchgeführt und dabei Polikliniken und Schulen saniert wurden. Und das scheint wie von selbst zu laufen; Fidel kann sich dabei zurücklehnen...

Nobelpreisträger, Schauspieler, Schriftsteller und Musiker, aber auch Tausende einfacher Bürgerinnen und Bürger aus der ganzen Welt haben in den letzten Wochen eine Petition zum Schutz der Souveränität Cubas unterzeichnet (siehe Seite 1). Offenbar wird diese Souveränität gegenwärtig wiederum stärker bedroht?

Der in Wirtschaftsinteressen eingebettete Journalismus der sogenannten freien Medien unterschlägt nicht nur solche Appelle angesehener Persönlichkeiten, sondern verschweigt oder verharmlost auch das Ausmass der US-Blockade und die ständig noch verschärfte Subversion durch das Verbrecherkabinett in Washington, welches dazu eben wieder 80 Millionen Dollars gesprochen hat. Es wird geflissentlich unterschlagen, dass ein unerklärter Krieg gegen Kuba (und jetzt auch gegen Venezuela) geführt wird, und ins Gegenteil verkehrt heisst das dann: «Kuba igelt sich ein»...

Ohne dich nun selbst im Kaffeestatz-Lesen zu üben: Wie schätzt du persönlich die weitere Entwicklung der kubanischen Gesellschaft ein?

Ich sehe Chancen und Perspektiven vor allem mit der positiven Entwicklung auf dem südamerikanischen Kontinent und den gemeinsamen Projekten in Bildungs-, Gesundheits- und Medienbereich (Telesur!), die in den beteiligten Ländern eine nachhaltige Wirkung haben, so dass Kuba nicht noch stärker isoliert werden kann.

Intern lassen mich der hohe Bildungsstand und das politische Bewusstsein beim Grossteil der Bevölkerung hoffen, dass die Errungenschaften der Revolution weiterhin hochgehalten werden und Bestand haben werden und dass die mit dem Tourismus auftretenden Versuchungen in Zaum gehalten werden können, auch wenn einmal das einende Charisma von Fidel Castro nicht mehr sein wird.

Die Fragen an Samuel Wanitsch, Nationalkoordinator der Vereinigung Schweiz-Kuba (VSC), stellte Martin Schwander.

Untersuchungskommission gefordert

Endlich Licht in 9/11?

Im Vorfeld des fünften Jahrestages der Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde in Berlin ein Netzwerk zur Aufklärung der Ereignisse und deren Folgen gegründet. 13 Journalisten und Buchautoren, unter ihnen Ex-Bundesminister Andreas von Bülow, Ekhart Spoo, Horst Schäfer und Webster G. Tarpley haben sich zusammengetan, um der Aufklärung der Attentate des 11. September einen neuen Impuls zu geben. In einer gemeinsamen Presserklärung heisst es:

«Die von der Bush-Regierung eingesetzte 9/11-Kommission hat so gut wie nichts zur Aufklärung beigetragen. Sie hat nahezu kritiklos die offizielle Regierungs-Version zu den Ereignissen übernommen. Deshalb gilt es, die zahlreichen bis heute unaufgeklärten Widersprüche und deren Hintergründe umfassend zu untersuchen sowie die Täter zu identifizieren.

Nur so kann festgestellt werden, welche der verschiedenen Versionen der Ereignisse des 11. September zutrifft.

a. die offizielle, von der US-Regierung verkündete Version, nach der ein Bin Laden und eine Al Qaida die Täter sind;

b. die Version, die US-Regierung hat von den Anschlägen gewusst und sie gedeckt;

c. die Version, die Täter sind in Regierungskreisen zu finden, da die Anschläge die Rolle der USA weltweit gefestigt haben und der Durchsetzung ihrer strategischen Ziele im In- und Ausland nutzt.»

Auf die Anschläge des 11. September und deren Instrumentalisierung durch den offiziellen «Krieg gegen den Terror» gründe sich eine Politik der radikalen Umwälzung der internationalen Verhältnisse – politisch, ökonomisch und militärisch, heisst es in der Erklärung.

«Auch nach fünf Jahren sind die meisten Fragen unbeantwortet, fast alle Widersprüche unaufgeklärt», sagte der Initiator des Netzwerkes, Ronald Thoden. «Mittlerweile ist fast die ganze Welt von politischem Druck und zunehmenden Überwachungsmaßnahmen, einer Ausweitung der terroristischen Gewalt und der Panik betroffen, die den Anschlägen in New York folgten. Auch die Angehörigen der Opfer warten bisher vergeblich auf eine neutrale Untersuchung, die kriminalistisch die zahlreichen ungeklärten Widersprüche aufarbeitet.»

«Der so genannte internationale Terrorismus wird zur Einschüchterung der Bevölkerung und zur Umsetzung einer verheerenden Politik benutzt», sagte Ex-Bundesminister Andreas von Bülow. Deshalb müssten alle offenen Fragen seriös und neutral untersucht und beantwortet werden.

Zum Beispiel:

Wo sind die Beweise, dass 19 arabische Attentäter vier Passagiermaschinen entführten und in Ziele in den USA steuerten?

Wie und warum konnten vier grosse Passagierjets bis zu einer Stunde ungehindert im amerikanischen Luftraum operieren, ohne abgefangen zu werden?

Warum wurden die Flugschreiber der in das World Trade Center geflo-

genen Maschinen angeblich nicht gefunden, beziehungsweise bis heute nicht ausgewertet?

Warum gibt es bis heute keine Flugunfallberichte über die vier Flugzeugkatastrophen?

Warum wurden die vier abgestürzten Maschinen bis heute nicht professionell identifiziert?

Warum konnten die Leichen der Hijacker nicht identifiziert werden?

Wie konnten die zwei Stahltürme des World Trade Centers nach kurzen Feuern von etwa 45 Minuten wie bei einer kontrollierten Sprengung zusammenstürzen, obwohl sie für den Eventualfall eines Flugzeugeinschlages konstruiert waren?

Wie konnte das vom Flugzeuganschlag völlig unberührte World Trade Center Gebäude Nummer 7 überhaupt kollabieren?

«Ohne die Beantwortung dieser und vieler weiterer Fragen können die aus dem Gleichgewicht geratenen demokratischen Strukturen nicht wieder hergestellt werden», sagte Buchautor und Netzwerkmitglied Gerhard Wisniewski.

Dem neuen Netzwerk geht es vor allem um eine umfassende Aufklärung der Öffentlichkeit zum Thema 9/11 und seinen Folgen für die westlichen Demokratien und die Welt. Das Netzwerk will in Zukunft die wichtigsten nachprüfbarsten Aussagen zu den Hintergründen der Angriffe auf das World Trade Center, das Pentagon und zu den nachfolgenden Terroranschlägen zusammenstellen und für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Informationen sollen vor allem einer wahrhaftigen Berichterstattung durch die Medien dienen. «Ein aufgeklärter, kritischer Journalismus ist für eine wirklich demokratische Gesellschaft so wichtig wie die Luft zum Atmen», sagte der Journalist und

Buchautor Ekkehard Sieker. «Gerade diese Art Journalismus ist insbesondere in der Folge der Attentate des 11. September 2001 weitgehend verloren gegangen.» Daher gehe es dem Netzwerk auch um eine Behebung der Glaubwürdigkeitskrise der Medien.

Das Netzwerk fordert eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zur Aufklärung der Ereignisse des 11. September 2001 und hat sich vorgenommen, das Zustandekommen einer solchen Untersuchung zu fördern.

9/11 Loose Change 2nd edition

DER Film zum 11.9.01

Basel:

24. September 2006, 10.30 Uhr

Stadtkino (beim Theater, hinter Kunsthalle)

Bern:

26. September 2006, 19.30 Uhr

Käfigturm, 2. Stock

Schweizerische Friedensbewegung SFB • «Unsere Welt» • PdA Bern

Bush's «Denk»-Fabrik hat einen neuen Kampfbegriff geboren

Neuer Typ von Faschismus?

Die US-Regierung startet eine neue Propagandaoffensive: Bush und Rumsfeld warnen vor «Islam-Faschisten» und rücken Kritiker des Irak-Kriegs in die Nähe der «Hitler-Beschwichtiger».

Von Rainer Rupp

Mit donnernden Reden werben US-Präsident George W. Bush und sein Verteidigungsminister Donald Rumsfeld dieser Tage für ihren Krieg im Irak. Angesichts immer stärker werdenden Widerstands gegen die Besatzungstruppen im Zweistromland und lauter werdenden Forderungen von Öffentlichkeit und Opposition in den USA erteilte Bush einem Rückzug seiner Armee erneut eine klare Absage. Ein überhasteter Abzug würde den Irak in einen terroristischen Staat verwandeln, sagte der Präsident bei einer kürzlichen Wahlveranstaltung in Nashville im Bundesstaat Tennessee. «Es steht viel auf dem Spiel», so Bush, ein Sieg im Irak wäre «ein wichtiger ideologischer Triumph im Kampf des 21. Jahrhunderts».

Drohende Wahlniederlage

Ohne Zweifel: Da die Republikaner bei den Teilwahlen zum Kongress im November die Mehrheit in beiden Häusern, Senat wie Repräsentantenhaus also, zu verlieren drohen, versucht die Bush-Administration mit einer neuen Propagandaoffensive ihren weltweiten «Feldzug gegen den Terror» mittlerweile als epischen Kampf der USA gegen einen neuen Faschismus darzustellen – und so doch noch die Gunst der Wähler zu gewinnen. Schon nach den angeblichen Terroranschlägen auf zehn transatlantische Flugzeuge, die im vergangenen Monat angeblich in London verhindert

wurden, hatte Bush seine Landsleute daran erinnert, «dass wir eine Nation sind, die sich im Krieg mit den Islam-Faschisten befindet». Trotz massiver Kritik vor allem von muslimischer Seite hat der US-Präsident den von seinen neokonservativen Beratern eingeflüsterten Begriff seit 2005 wiederholt benutzt, um dem anonymen Feind in seinem «weltweiten Krieg gegen Terror» einen griffigen Namen zu geben.



Erst jetzt aber haben Bush und sein Minister Rumsfeld mit ihrem Verweis auf den «Islam-Faschismus» in den USA eine heftige Debatte ausgelöst. In einer Rede vor der «American Legion» in Salt Lake City bezeichnete Rumsfeld in einer seiner bisher bisgigsten Reden alle Kritiker des Irak-Krieges – in Anspielung auf die fehlgeschlagene Beschwichtigungspolitik des englischen Premierministers Neville Chamberlain gegenüber Nazi-Deutschland – als «Appeasers», Beschwichtiger gegenüber den «Islam-

Faschisten». Zugleich verglich er sich und seine Regierungskollegen implizit mit jenen Politikern der 30er Jahre, die den Krieg vorausgesehen und von vornherein ein hartes Durchgreifen gegen Hitler gefordert hatten, als er noch nicht so stark war. Der «Krieg gegen den Terror» sei durchaus «mit dem Krieg gegen die faschistischen Länder im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen», so Rumsfeld wörtlich, denn Amerikas Kampf gegen den «islamistischen Terror» sei ein Kampf gegen einen «neuen Typ von Faschismus». Dabei warnte der Pentagonchef alle aufrechten Amerikaner eindringlich, nicht den gleichen Fehler wie damals die Beschwichtigungspolitik gegenüber den Nazis zu machen.

Zu viele Negativnachrichten

Den eigentlichen Feind machte Rumsfeld jedoch unter Kritikern im Westen, insbesondere im eigenen Land aus, wo «Zynismus und eine moralische und intellektuelle Konfusion» weit verbreitet seien. Diese würden «das Durchhaltevermögen der freien Gesellschaften schwächen». Diese Leute hätten die «Lehren der Geschichte nicht gelernt». «Statt sich den neuen Gefahren zu stellen, die das Land bedrohen», seien sie «vornehmlich damit beschäftigt, das Land zu teilen». Wer den von der US-Regierung geführten «Krieg gegen den Terrorismus» kritisiere, trage «zur Demoralisierung der Bevölkerung bei», witterte Rumsfeld. Besonders verantwortlich dafür seien die Medien, die angeblich nicht fair berichteten.

Die Journalisten würden absichtlich negative Nachrichten über die Situati-

on im Irak übertreiben und all ihre Aufmerksamkeit den Missetaten einiger weniger Soldaten widmen, aber nichts über den ersten Soldaten schreiben, der in Irak den höchsten Militärorde bekommen hat. Seine besondere Wut richtete Rumsfeld gegen die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die das US-Sonderlager in Guantánamo als «zeitgenössischen Gulag» bezeichnet hatte. Eine solche Beschuldigung sei «unentschuldig», empörte sich der Pentagon-Kriegsherr.

Propagandaformel

Im wissenschaftlichen Sinn ist der Begriff «Islam-Faschismus» unsinnig. Aber: Kein anderer Begriff könnte besser zur Rechtfertigung der Bush-Kriege zur Schaffung eines US-konformen «Neuen Mittleren Ostens» dienen. Als Kampfbegriff mobilisiert «Islam-Faschismus» gefährliche Emotionen, insbesondere den Rassenhass gegen Araber.

Selbst unter Zugrundelegung bürgerlicher Definitionen wie der des US-Professors Robert Paxton trifft der Faschismusvorwurf auf keine der vielen muslimischen Gruppen zu, die sich der anglo-amerikanischen Kontrolle des Nahen Ostens widersetzen. Die einzige, annähernd faschistische Gruppe, die dort je entstanden ist, war die maronitisch-christliche Phalange-Partei im Libanon, die ironischerweise in den 80er Jahren ein Verbündeter von Israels rechtsradikaler Regierung war.

In seinem Buch «The Anatomy of Fascism» (2004) listet Paxton 5 Kriterien auf, die den Faschismus charakterisieren: 1) In der Gruppe herrscht ein Gefühl einer alles überwältigenden Krise, die nicht mit traditionellen Mitteln gelöst werden kann. 2) Die Überzeugung, dass die eigene Gruppe, das eigene Volk, das Opfer ist und alle Massnahmen gerechtfertigt sind, jen-

seits aller rechtlichen und moralischen Grenzen. 3) Das Bedürfnis nach Autorität durch einen Führer, der über dem Recht steht und auf die Überlegenheit seiner Instinkte vertraut. 4) Das Recht des ausgewählten Volkes, andere Völker zu dominieren, ohne rechtliche oder moralische Zurückhaltung. 5) Angst vor ausländischer «Durchdringung».

Der Faschismus fordert einen Krieg nach dem anderen zur Eroberung und Dominierung fremder Länder. Zugleich bedarf er im Inneren vieler Bedrohungen, um die Nation in Angst und Schrecken zu halten und «patriotischen» Hyperaktivismus zu entfalten, wobei jeder Kritiker als Verräter gebrandmarkt wird. Und last but not least verweist Paxton darauf, dass alle erfolgreichen faschistischen Regimes den Schulterschluss mit den Konzernen, insbesondere mit dem militärisch-industriellen Komplex gesucht haben. Folgt man dieser Definition, dann sind die Faschisten allerdings nicht im Nahen Osten, sondern in Washington zu finden.



Das andere Amerika: Kleiner Friedenskämpfer am 9. August 2006 in Brooklyn. Foto D.Greene

Katastrophen-Apartheid droht

Für die Rettung bezahlen

Egal wie ernst die Katastrophe, die Privatwirtschaft kann mit allem dienen: Generatoren, Wassertanks, Feldbetten, Instant-Klos, mobile Heime, Kommunikationssysteme, Helikopter, Medizin und Männer mit Gewehren. Naomi Klein nennt das den katastrophen-kapitalistischen Komplex.

Von Naomi Klein

Soeben kündigt das Rote Kreuz eine Katastrophenhilfe-Partnerschaft mit Walmart (US-Warenhauskette, die Red.) an. Wenn der nächste Hurrikan zuschlägt, werden wir folglich eine Koproduktion von Big Aid und Big Box erleben. Bevor der neue Konsens weiter gedeiht, wäre es vielleicht an der Zeit, sich anzusehen, wie die Privatisierung von Katastrophen begann und wohin sie unweigerlich führen wird.

Erster Schritt, die amerikanische Regierung verzichtete auf eine ihrer Kernaufgaben – die Pflicht, ihre Bevölkerung vor Katastrophen zu schützen. Unter der Regierung Bush wurden ganze Regierungsbereiche – allen voran die Heimatschutzbehörde – in hochgejubelte Teilzeitagenturen umfunktioniert. Mittels Verträgen wurden wichtige Funktionen an private Firmen ausgelagert. Die Theorie dahinter: Ein von Profitgier getriebener Unternehmer ist immer effizienter (bitte nicht hysterisch losprusten).

Wohin dies führt, haben wir vor einem Jahr in New Orleans gesehen – als sich Washington als beängstigt schwach und unentschlossen erwies. Das lag zum Teil an der rückständigen Technologie und Infrastruktur bzw. an Katastrophenmanagement-Experten, die sich in den privaten Sektor flüchteten. Zumindest im Vergleich hierzu wirkte der private Sektor modern und kompetent (ein Kolumnist der New York Times schlug sogar vor, die FEMA (Zivilschutz, die Red.) an Walmart zu übergeben).

Aber die Flitterwochen währten nur kurz. «Wo sind all die Gelder hin?» – eine Frage, die sich die Menschen von Bagdad bis New Orleans, von Kabul bis Sri Lanka (Tsunami!) stellen. Ein beträchtlicher Teil des Geldes ist an private Vertragspartner geflossen, massive Kapitalaufwendungen. Weitgehend unter den Augen der Öffentlichkeit wurden so Milliarden von Steuerzahlerdollars in die Schaffung einer privaten Katastrophenhilfe-Infrastruktur investiert. Die Shaw Group errichtete in Baton Rouge ein Hauptquartier nach neuestem Stand, Bechtel erwarb ganze Bataillone von Erdbewegungsmaschinen und Blackwater USA schuf in North Carolina einen 6000-Acre-Campus (inklusive paramilitärischem Trainingscamp und 6000-Fuss-Rollbahn).

Staat im Staat entsteht

Ich nenne das den katastrophen-kapitalistischen Komplex. Egal wie ernst die Katastrophe, die Vertragspartner können mit allem dienen: Generatoren, Wassertanks, Feldbetten, Instant-Klos, mobile Heime, Kommunikationssysteme, Helikopter, Medizin und Männer mit Gewehren.

Hier entsteht ein Staat im Staate – fast ausschliesslich über öffentliche Verträge finanziert. Finanziert wird auch das Mitarbeitertraining (bei den Mitarbeitenden handelt es sich grösstenteils um ehemalige öffentliche Angestellte, Politiker und Soldaten). Und das alles privat. Die Steuerzahler haben absolut keine Kontrolle und nichts zu melden – eine Tatsache, die den Leuten noch nicht klar ist. Diese Firmen kommen über Regierungsverträge an ihr Geld, deshalb ist der Service des katastrophen-kapitalistischen-Komplexes für die Öffentlichkeit erst einmal kostenlos.

Die Krux an der Sache: Dank irrer Ausgaben in dieser Richtung geht die

US-Regierung in ernst zu nehmender Weise bankrott. Unsere Staatsverschuldung beträgt \$8 Billionen. Das nationale Haushaltsdefizit liegt bei mindestens \$260 Milliarden. Das heisst, früher oder später – eher früher als später – wird aus den Verträgen die Luft raus sein. Keinem ist dies bewusst, als den Firmen selbst. Ralph Sheridan ist Chefmanager von Good Harbor Partners, einer von mehreren hundert neuen Counterterrorismus-Firmen. Er erklärt: «Die Ausgaben von Regierungen verlaufen episodisch, sie kommen in Blasen». Insider sprechen schon von der «Homeland-security-Blase».

Und wenn die Blase platzt, verlieren Firmen wie Bechtel, Fluor oder Blackwater ihre wichtigste Einnahmequelle. Was ihnen dann noch bleibt, ist ihre Hightech-Ausstattung, mit der sie gut auf Katastrophen vorbereitet sind (während unsere Regierung wertvolles Knowhow in diesem Bereich verkommen lässt). Also wird man die ohnehin steuerfinanzierte Infrastruktur der Firmen anmieten müssen – zu einem Preis, den diese bestimmen.

Bitte zuerst bezahlen

Hier ein kurzer Blick in eine eventuell nicht mehr allzu ferne Zukunft: Einmal Rettung vom Hausdach in einer überfluteten Stadt kostet \$5 000 pro Person, \$7 000 ist der Familientarif (Haustiere inklusive); Wasser in Flaschen und «Fertigmahlzeiten» kostet \$50 pro Person (eine Menge Moos, natürlich, aber die Nachfrage bestimmt den Preis); Sie wollen ein Feldbett in einer Notunterkunft, Mobildusche inklusive, bitte hinterlegen Sie Ihren Ausweis mit biometrischen Merkmalen, die Rechnung wird nachgereicht (keine Sorge, wir finden Sie schon, auch die Spionage wurde ja outgesourct, und Ihr biometrischer Ausweis kam mittels eines lukrativen Vertrags mit der Heimatschutzbehörde zustande).

Vorbild ist natürlich unser US-amerikanisches Gesundheitssystem, bei dem Reiche Anspruch auf eine Erste-Klasse-Behandlung in Kurumgebung haben, während 46 Mio.

US-Amerikaner ohne Versicherung dastehen. Thema Katastrophenhilfe: Hier hat unser Gesundheitsmodell bei der globalen Aids-Pandemie bereits Anwendung gefunden. Durch privaten Forschermut (und massive öffentliche Subventionierung) gelang es, lebensrettende Medikamente zu entwickeln. Dann hat man die Preise erhöht, so dass die überwiegende Mehrheit der Infizierten dieser Welt sich keine Behandlung mehr leisten kann.

Wenn das die Bilanz der Konzernwelt bei Slow-motion-Katastrophen ist, welchen Grund gäbe es anzunehmen, dass bei akuten Katastrophen andere Werte gelten – bei Hurrikanen oder selbst bei Terroranschlägen? Erinnern wir uns, als vor nicht allzu langer Zeit israelische Bomben auf den Libanon fielen, wollte die US-Regierung ihre Bürger ursprünglich für ihre Evakuierung selbst bezahlen lassen. Alle Menschen im Libanon ohne westlichen Pass hatten natürlich von vorne herein keine Chance auf Rettung.

Wer auf der Strecke bleibt

Ein Jahr ist es her, seit arme Bürger und Menschen der Arbeiterklasse in der Stadt New Orleans auf ihren Hausdächern strandeten. Diese Menschen warteten auf Hilfe, die nie eintraf, während sich Leute mit den nötigen finanziellen Mitteln in Sicherheit bringen konnten. Die politische Führung unseres Landes behauptet, es habe sich damals um einen tragischen Fehler gehandelt, die Kommunikation sei zusammengebrochen. Heute sei die Sache behoben. Die Lösung lautet «privatwirtschaftliche Lösung». Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Katastrophentrampelpfad.

Wird kein radikaler Kurswechsel eingefordert, so wird sich New Orleans als Blick in unsere miese Zukunft erweisen. Diese Zukunft heisst «Katastrophen-Apartheid»: Die Reichen werden gerettet, alle andern bleiben auf der Strecke.

Naomi Klein ist kanadische Autorin und Globalisierungskritikerin. Ihr Buch «No Logo» (Riemann, München 2002) gilt als erstes Manifest der globalisierungskritischen Bewegung. Ein neues Buch zum Thema Katastrophen-Kapitalismus erscheint im Frühjahr 2007.

Deutsch von Andrea Noll; Quelle zmag.de

Schweiz und EU: Palästina-Politik wohin?

Diskussionsveranstaltung mit Geri Müller, Nationalrat Grüne Partei Schweiz (Aarau), Mitglied der aussenpolitischen Kommission

Donnerstag, 21. September, 20 Uhr Gewerkschaftshaus, Rebgrasse 1, Basel

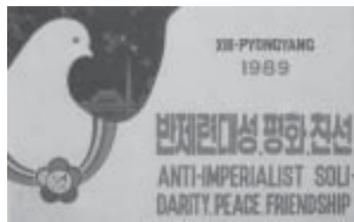
Die EU-Politik ist israelfreundlich: Die Verteidigung des (u.a mit Atomwaffen schwer bewaffneten) Staates Israel ist der EU ein wichtiges Anliegen. Die Verteidigung der täglich von ethnischen Säuberungen bedrohten PalästinenserInnen liegt ihr weniger am Herzen.

Trotz der Verstösse gegen UN-Resolutionen und der jüngsten Verurteilung durch den Europäischen Gerichtshof, trotz der systematischen Angriffe gegen die Zivilbevölkerung und zivile Einrichtungen im Libanon geniesst die Besatzungsmacht Israel nach wie alle Privilegien. Warum? Ist die Palästina-Politik der EU ein Zeichen für offene Zusammenarbeit mit den USA und für eine immer aggressivere Politik der EU mit imperialistischen Zügen? Welche Rolle spielt Israel im Nahen Osten für wen?

Die Schweizer Palästina-Politik im Schatten der EU ist verwirrend: Bundesrat Schmid hat sich klar als Freund von Sharon profiliert und sorgt dafür, dass die Schweiz wieder Waffen in Israel kauft. Bundesrat Couchepin unterschreibt Zusammenarbeitsabkommen mit israelischen Institutionen ... Gleichzeitig kritisieren die SP-Bundesräte immer wieder die Exzesse von Israel.

Was können wir tun? Im Gespräch mit Geri Müller wollen wir die jüngste Entwicklung erörtern und unsere Handlungsmöglichkeiten diskutieren.

Organisiert von der Palästina-Solidarität Region Basel, Postfach 4070, 4002 Basel. Unterstützt durch: BastA!, Neue PdA, Schweizerische Friedensbewegung SFB, Sozialistische Alternative Basel (SoAL), PdA Basel (1944) (Stand 1.9.)



Weltfestspiele 1989 in Pjongjang



Weltfestspiele 1973 in Berlin

2007: 60 Jahre Festivalbewegung

Auf unseren Aufruf in der letzten UW für ein Treffen von ehemaligen Weltjugendfestspiel-Teilnehmern im kommenden Jahr haben sich bereits Teilnehmende von fast allen Weltjugendfestspielen gemeldet.

Den verschiedenen Reaktionen nach zu urteilen, verspricht das vorgesehene Treffen zu einer interessanten und spannenden Veranstaltung zu werden, treffen doch verschiedene Generationen, Anschauungen, Erfahrungen, Hoffnungen und Enttäuschungen aufeinander.

Die 60 Jahre Festivalgeschichte widerspiegeln auch die politischen Kämpfe und Veränderungen dieser Jahrzehnte (Antifaschismus, Kalter Krieg, Abrüstung, Atomwaffenverbot, Vietnam, sozialistischer Alltag, Perestroika, Aufbruch, Kuba, Venezuela...).

An den Slogans und jeweiligen Schwerpunkten der Festschritte erkennen wir, für was sich die fortschrittliche Jugend der Welt in den entsprechenden Jahren engagierte.

Allen 16 Festivals ist aber eines gemeinsam, das Engagement für den Frieden und gegen die imperialistischen Kriege, für nationale Unabhängigkeit und die gerechte Verteilung der Weltressourcen.

Für unsere Veranstaltung und die Ausstellung suchen wir nicht nur Erinnerungen, sondern auch Foto-Material, Artikel, Teilnehmerlisten, Programme und andere Dokumente wie Abzeichen, Plakate, Tücher.

Ist vielleicht noch irgendwo ein Film vorhanden?

Anschaulich dokumentiert sind die ersten drei Festivals durch Bruno Margadant, der schon damals eifrig Plakate sammelte. Im eben erst erschienenen Buch über seine Sammlung von Picassos Gebrauchsgraphik (siehe UW 2/06) lesen wir, das seine Teilnahme am ersten Weltjugendfestival in Prag 1947 für ihn prägend gewesen war: «Die Plakate elektrisieren mich. Zum ersten Mal sehe ich meinen Glauben in Bilder übersetzt.»

Wer war in Wien 1959 und Moskau 1957 mit dabei? Wer erinnert sich daran, als die Delegierten 1957 in Zürich am Bahnhof abgeholt wurden?

Meldet euch!

Wer selbst an einem der 16 Weltjugendfestspiele teilgenommen hat, oder jemanden kennt, soll sich doch bitte bei einer der folgenden Adresse melden:

• Louise Stebler (war in Budapest 1949 und Berlin 1951 dabei), Weiherweg 38, 4054 Basel;

• Monika Waser Moser (Sofia 1968, Berlin 1973), Rümelinsplatz 17, 4001 Basel;

• Simon Schwander (Havanna 1997), Eystrasse 9, 3400 Burgdorf.

In Kürze

Gerechtigkeit für Dioxin-Opfer

Am 10. August findet alljährlich der Tag der Solidarität mit den Opfern von Agent Orange/Dioxin statt. Diese Opfer der US-amerikanischen Kriegsführung in Vietnam warten seit über 30 Jahren darauf dass, ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Zwischen 1961 und 1971 hat die Luftwaffe der USA über 80 Millionen Liter Entlaubungsmittel über Vietnam versprüht, die den Charakter von Chemiewaffen haben und fast 400kg Dioxin enthielten. Die Vereinigung der Agent Orange Opfer geht heute davon aus, dass 4,8 Millionen Vietnamesinnen und Vietnamesen dem Dioxin ausgesetzt waren, von denen 3 Millionen von der extrem giftigen Substanz ernsthaft geschädigt worden sind, unter ihnen viele Kinder. Zehntausende haben an Krebs und anderen unheilbaren Krankheiten gelitten und sind einen langsamen qualvollen Tode gestorben.

Zehntausende von Vietnamesinnen und Vietnamesen sind in der Gesundheit ihrer Fortpflanzung beeinträchtigt. Zahlreichen Frauen blieb das Mutterglück verwehrt, andere haben Kinder mit Missbildungen, geistigen und anderen schweren Behinderungen zur Welt gebracht.

Noch ist die Liste der mannigfachen Leiden nicht vollständig, aber man weiss, dass Dioxin für verschiedene Formen von Krebs, für Geburtsgebrechen, für neuropsychologische und andere schwere Störungen verantwortlich ist. Noch heute werden durch das Dioxin verstümmelte Kinder geboren. Es sind Enkelinnen und Enkel jener, die den Sprühflügen ausgesetzt waren.

Im Januar 2004 hat die Vereinigung der Agent Orange Opfer beim Gericht in Brooklyn NY Klage gegen 37 Herstellerfirmen der giftigen Substanzen eingereicht, unter ihnen Dow Chemical und Monsanto. Im März 2005 wurde die Abweisung der Klage bekannt gegeben. Inzwischen ist der Rekurs eingereicht und mit dem zweitinstanzlichen Urteil wird noch dieses Jahr gerechnet.

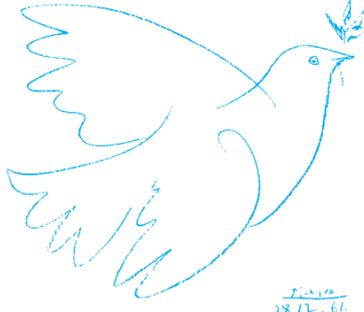
Apell

Doch die Opfer, die jeden Tag leiden, können nicht warten, bis das langwierige und unsichere juristische Prozedere abgeschlossen ist. Sie brauchen unsere Solidarität jetzt. Angesichts des Ausmasses der Tragödie und der immensen Bedürfnisse, die es hervorgerufen hat, ist verständlich, dass diese die vietnamesischen Möglichkeiten der Hilfeleistung übersteigen.

Deshalb lanciert die Vereinigung Schweiz-Vietnam einen Appell an alle Menschen und Organisationen guten Willens, das Leiden der Agent Orange Opfer bekannt zu machen und ihnen Hilfe zukommen zu lassen. In einem Zeitpunkt, in welchem neue Kriege neue Opfer hervorbringen, dürfen diese Kriegopfer nicht in Vergessenheit geraten.

Die Vereinigung Schweiz-Vietnam steht für Abende zum Thema, für Ausstellungen, die Präsenz mit einem Stand oder andere Formen der Information gerne zur Verfügung. Sie freut sich darauf, in diesem Sinne kontaktiert zu werden (Tel. 01 462 20 03).





Unsere Welt

Der «gefährlichste Spion des 20. Jahrhunderts»

Friedenssoldat

Eine neue Biografie über Klaus Fuchs lässt dem Kernphysiker historische Gerechtigkeit widerfahren.

Von Gerd Kaiser

Er führte ein Leben zwischen Wissenschaft und Politik. Als exzellenter Kernphysiker suchte Klaus Fuchs (1911–1988) in faustischem Bemühen «zu erkennen, was die Welt im Innersten zusammenhält». Der politische Kopf wiederum suchte zu verhindern, dass durch den Missbrauch der Erkenntnisse der Kernforschung jegliches Leben auf Erden ausgelöscht, der Erdball in seine atomaren Bestandteile zerlegt werde.

Über sein Leben und sein Wirken war in den realsozialistischen Staaten wenig zu erfahren; wenn im Westen von ihm die Rede war, so in der Regel als «gefährlichster Spion des 20. Jahrhunderts». Beide Seiten taten dem Wissenschaftler wie dem homo politicus zutiefst unrecht.



Soldat für den Frieden: Klaus Fuchs

Nun endlich erschliesst Ronald Friedmann dem wissbegierigen Leser das Lebensbild eines Mannes, der sowohl auf seine wissenschaftlichen Leistungen als auch auf seine politisch-moralische Integrität stolz sein konnte. Die Biografie gründet auf sicheren, teils neu erschlossenen Quellen und Aussagen von Zeitzeugen aus Ost und West, die in engem beruflichen oder persönlichen Kontakt zu Fuchs gestanden haben, oder dessen Lebensweg kreuzten.

Geboren in einer evangelischen Pfarrersfamilie, in der Frömmigkeit sich mit sozialem Engagement für Arme und Entrechtete verband, stellte sich auch schon der junge Fuchs den Forderungen seiner Zeit. Früherem politischem Engagement in der SAJ und in der SPD folgte noch vor 1933 der Anschluss an die KPD und die «Roten Studenten». Nach dem Machtantritt der Nazis ging er in die illegale antifaschistische Arbeit wie alle «roten Füchse», wie der Vater, der dem Bund religiöser Sozialisten angehörte, und die Geschwister, die Kommunisten waren bzw. mit diesen sympathisierten.

Schliesslich jedoch zur Emigration gezwungen, die den 20-Jährigen via Frankreich nach England führte, studierte er Theoretische Physik bei Nevill Mott in Bristol, wo er auch

1936 promovierte. Max Born nahm ihn unter seine Fittiche. Der verehrte Lehrer verweigerte die Mitarbeit an der Entwicklung von Kernwaffen. Die Gewissensfrage, wie sich als Wissenschaftler verhalten im Kampf auf Leben und Tod zwischen den Staaten der Antihitlerkoalition (mit jeweils eigenen und eigensüchtigen Interessen) auf der einen Seite und Nazi-Deutschland mit seinen Weltherrschaftszielen auf der anderen, entschied Fuchs für sich, in dem er seine Forschung in den Dienst eines Sieges über den Faschismus stellte. Zunächst, mit Beginn des Zweiten Weltkriegs als «feindlicher Ausländer» in Grossbritannien isoliert und zeitweise nach Kanada deportiert, konnte er ab Mai 1941 am britischen Kernwaffenprogramm mitarbeiten und zwei Jahre später im US-amerikanischen Forschungszentrum Los Alamos – an der Seite erklärter politischer Gegner des Faschismus, die ebenfalls vor politischer oder rassistischer Verfolgung emigriert waren, so Albert Einstein, Enrico Fermi, Otto Frisch, Rudolf Peierls, Bruno Pontecorvo, Leo Sciald und Fritz Strassmann. Dazu gehörten auch Hans Bethe, der Chef der britischen Forschungsgruppe in Los Alamos, sowie Herbert Skinner, sein Freund und vormaliger Vorgesetzter im britischen Atomforschungszentrum in Harwell, wo Fuchs die Abteilung für Theoretische Physik geleitet hatte.

Die beiden West-Alliierten gingen ihren eigenen Weg zur Atomwaffe. Ein führender Kopf der sowjetischen Atomforschung, Pjotr Kapiza, hatte bereits im Oktober 1941, in einer Zeit schwerster Bedrohung seines Landes, beiden Seiten der Antihitlerkoalition vorgeschlagen, ihre Forschungen zu vereinen. Zugleich warnte der spätere Nobelpreisträger im «Mitteilungsblatt der Akademie der Wissenschaften der UdSSR» als erster überhaupt aus seiner Zunft vor der Entwicklung einer atomaren Waffe durch eine der beiden Seiten des Bündnisses. Er selbst zog sich aus der sowjetischen Kernforschung zurück.

Vor allem am Ukrainischen Physikalisch-Technischen Institut (UFTI) waren brillante Köpfe der Kernphysik tätig, so Lev Landau, Dimitrij Iwanenko, Moisej Korez, aber auch politische Emigranten aus Deutschland wie Friedrich «Fritz» Houterman und Alexander Weisberg, beide Mitglieder der KPD. In der zweiten Hälfte der 30er Jahre waren alle Forscher dieses Instituts vom NKWD verhaftet, erschossen oder – wie Houterman – nach dem Hitler-Stalin-Pakt an Deutschland und damit an die Gestapo ausgeliefert worden. Eines der führenden Zentren der Kernphysik war damit «liquidiert». Die Sowjetwissenschaft musste im Krieg auf Leben und Tod praktisch bei Null anfangen.

Auf amerikanischer Seite hat Joseph Rotblat, seinem Sowjetkollegen Kapiza ähnlich, das Manhattan-

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

«Unsere Welt» erscheint bis sechsmal jährlich.
Auflage: 10 000
Herausgeber: Schweiz. Friedensbewegung,
Postfach 2113, CH-4001 Basel
Tel. 061/681 03 63, Fax 061/681 76 32
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Marta Martin,
Ruedi Moser, Louise Stebler, Martin Schwander
E-Mail: sfb@bluewin.ch
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken.
PC: 40-1627-7
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann man helfen?
Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen.

Senden Sie mir gratis — Exemplare «UNSERE WELT».

Senden Sie diesen Talon an:
SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ, Ort: _____

Appell an den Nationalrat

Verzicht auf IFASS

Mit einem Appell fordert das Berner Antikriegsbündnis den Nationalrat auf, die Rüstungszusammenarbeit mit dem Nahen Osten zu beenden und auf das IFASS-Geschäft mit Israel zu verzichten. Der Appell, der auch von der Schweizerischen Friedensbewegung und der WILPF mitunterzeichnet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lehnt die militärische Kooperation und die Rüstungszusammenarbeit mit Israel und dem ganzen Nahen Osten ab. Die meisten Bürgerinnen und Bürger wollen den Frieden statt den Krieg fördern und gegen die laufenden Verletzungen des Völkerrechts sowie der Menschenrechte ein Zeichen setzen. In dieser Haltung bestärkt wurden sie durch den jüngsten Nahostkrieg, dem im Libanon mindestens 1187 – zu einem Drittel Kinder unter zwölf Jahren – in Israel 41 Zivilpersonen sowie ca. 170 Palästinenserinnen und Palästinenser in den besetzten palästinensischen Gebieten zum Opfer gefallen sind.

Solange das Recht des Stärkeren über der Stärke des Rechts steht, wird es keine gerechte und dauerhafte Lösung des Nahost-Konflikts geben. Die Schweiz kann im Nahen Osten ihre Aufgabe als Hüterin der Genfer Konventionen nur glaubwürdig erfüllen, wenn sie auf jegliche Rüstungsgeschäfte mit Israel und der ganzen Region verzichtet. Daher ist auch die Wiederaufnahme der Rüstungsgeschäfte mit den Vereinigten Arabischen Emiraten abzulehnen. Und des-

halb ist der Beschluss der Bundesversammlung, das zu einem grossen Teil in Israel, vom Rüstungskonzern IAI (Israeli Aircraft Industries) produzierte Integrierte Funkaufklärungs- und Sendesystem (IFASS) zu beschaffen, rückgängig zu machen. Die Mehrheit der Ratsmitglieder fasste diesen Entscheid im letzten Dezember unter dem Eindruck der «positiven Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Israel und Palästina» und damit im ganzen Nahen Osten. Diese Einschätzung hat sich, wie die Eskalation im Gaza-Streifen und der Krieg zwischen Israel und dem Libanon zeigen, als völlig falsch erwiesen. Wir rufen alle Nationalrätinnen und Nationalräte auf, sämtliche Bestrebungen zu unterstützen, um die Beschaffung von IFASS (400 Mio. Franken) rückgängig zu machen, und deshalb die beiden in der kommenden Herbstsession traktandierten Kredite für die IFASS-Installation zu streichen.

Die Schweiz soll sich im Nahen Osten für den Frieden und für die Durchsetzung des Völkerrechts und der Menschenrechte einsetzen und nicht das Kriegshandwerk unterstützen.

Solidarität mit den fünf kubanischen Anti-Terroristen, die seit 8 Jahren in den USA eingekerkert sind.

Infos durch

Adriana Pérez O'Connor (Kuba),

Ehefrau des politischen Gefangenen Gerardo Hernández (in Miami zu 2 lebenslänglich + 15 Jahre Haft verurteilt)

Magaly Llort (Kuba),

Mutter des politischen Gefangenen Fernando Gonzalez (in Miami zu 19 Jahre Haft verurteilt).

Film:

Mission against Terror

(Spanisch mit deutschen Untertiteln)

Samstag, 23. September 2006

17.00 – 19.00 Uhr

Bern, Käfigturm, 2. Stock



Freiheit für die «Miami 5»!

Es laden ein: Vereinigung Schweiz-Cuba VSC, Schweizerische Friedensbewegung SFB, PdA Bern